

# 12 Erziehung 2018 und Wissenschaft

[www.gew-sachsenanhalt.net](http://www.gew-sachsenanhalt.net)

1. Dezember 2018

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt

Die rund 130 Delegierten haben den Landesvorstand neu gewählt und die bildungs-, tarif- und organisationspolitischen Leitlinien für die nächsten Jahre festgelegt.

**Aktuell:**

- KiFöG-Demo vorm Landtag
- Bündnis Schulsozialarbeit
- Netzwerk Alphabetisierung und Grundbildung
- Kampagne JA13

**Titelthema**

8. Landesdelegiertenkonfenz der GEW Sachsen-Anhalt am 23./24. November 2018

**Tarif + Recht:**

- Bezahlung von Mehrarbeit
- Riester-Förderung beantragen



**Prof. Dr. Hans-Dieter Klein,  
verantwortlicher Redakteur der EuW**

## Kommentiert: **Verkehrte Welt**

Früher war es so: Wenn viel Arbeit zu bewältigen war, aber mit den vorhandenen Arbeitskräften die angestrebten Ziele nicht erreicht wurden, fragte man den Beschäftigten, ob er bereit sei, zusätzliche Stunden zu arbeiten. Es sollte nicht zum Schaden dessen sein, der sich dafür hergab. Kurz: Es ging um freiwillige, vom Arbeitgeber angeordnete Überstunden. Damit sich die Sache nicht nur für den Unternehmer lohnen sollte und auch wirklich jemand noch einige Stunden nach Feierabend oder gar nachts und am Wochenende dranhängen wollte, wurden Anreize geschaffen. Die sahen in der Regel so aus, dass ein Stundenlohn merklich über dem Regelsatz angeboten oder Ausgleich durch später abzufeiern zusätzliche Freizeit kollektiv oder individuell vereinbart wurde. Man könnte sehr vereinfacht sagen: Es wurde ein Geschäft zum gegenseitigen Nutzen eingegangen. Ob es immer zum gegenseitigen Vorteil war, muss hier erstmal unkommentiert bleiben.

Man dürfte annehmen, dass diese leicht einsehbare und logisch erscheinende Verfahrensweise auch in Zeiten gelten müsste, wo im deutschen und speziell sachsen-anhaltischen Schulwesen so viel Arbeit vorhanden ist, dass sie schlicht mit dem vorhandenen Personal im erforderlichen Umfang und zu zumutbaren Arbeitsbedingungen nicht zu schaffen ist. Massenhaft wird Unterrichtsausfall produziert und damit Bildungsentzug betrieben, werden zusätzliche Belastungen auf Lehrkräfte und Erzieher\*innen und zugleich auf Schüler\*innen abgeladen. Die Schulpflicht wird staatlich verordnet nicht eingehalten.

Was wäre naheliegender, als sich der Erfahrungen mit der Bewältigung von Engpässen durch Überstunden zu besinnen. Das Naheliegende wurde durch den Bildungsminister auch schnell erkannt. Er will freiwillige zusätzliche Leistungen honorieren. Weil er sich bewusst ist, dass ältere Kolleginnen und Kollegen bereits an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit sind, spekuliert er auf die Leistungsfähigkeit der Jüngeren. Leider gibt es davon nach wie vor allerdings nicht ausreichend viele.

All dem kann folgen, wenn auch nicht einsehbar ist, warum nicht so viele Stellen ausgeschrieben werden, dass zumindest rechnerisch eine volle Unterrichtsversorgung möglich wäre. Folgen kann man aber nicht der kuriosen, fast schon absurden Idee, Überstunden mit einer geringeren Bezahlung – bis in die Größenordnung von 50 Prozent – attraktiv zu finden. Im Klartext: Die Lehrerarbeitszeit soll weit unter ihrem tatsächlichen Wert gekauft werden. Das ist kein Geschäft zum gegenseitigen Nutzen sondern Rosstäuscherei. Das ist verkehrte Welt! → Seite 5

Hans-Dieter Klein

## Inhalt

### Aktuell

Kommentiert: <b>Verkehrte Welt</b>	2
Novellierung des KiFöG:	
<b>Großartige Kundgebung vor dem Landtag – mit (kleinem) Erfolg!</b>	3
Neues Aktionsbündnis in Sachsen-Anhalt gegründet:	
<b>Schulsozialarbeit dauerhaft verankern</b>	4
Netzwerk Alphabetisierung und Grundbildung:	
<b>GEW unterstützt Landesinitiative</b>	4
Angebot zur Bezahlung von Mehrarbeit:	
<b>Unseriös und in höchstem Maße unfair</b>	5
Leserbrief: <b>Unterrichten zum Billiglohn</b>	5
GEW bietet Bildungsministerium Gespräch an:	
<b>Halbjahreszeugnisse in Schuleingangsphase abschaffen!</b>	7
Erste Betriebsrätekonferenz in Sachsen-Anhalt:	
<b>Gewerkschaften mit Landesregierung im Dialog</b>	7

### Titel-Thema: **8. Landesdelegiertenkonferenz**

8. Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt:	
<b>Positive Bilanz – ehrgeizige Ziele – anspruchsvolle Wege</b>	8
Die GEW Sachsen-Anhalt ist eine wichtige politische Kraft:	
<b>Eine starke Bildungsgewerkschaft für gute Beschäftigungsbedingungen</b>	8
Nach Wahlmarathon: <b>Kompletter Landesvorstand gewählt</b>	11
Aus den Beschlüssen der 8. Landesdelegiertenkonferenz:	
<b>Von Organisationsentwicklung über Tarif- und Beamtenpolitik bis zu guter Bildung für alle</b>	12
<b>Tarif + Recht</b>	
Erhöhung der Stufe 6 zum 1. Oktober 2018:	
<b>Unterm Strich bleibt davon sehr wenig</b>	28
Information zum VBL-Schreiben:	
<b>„Riester-Förderung für 2016 beantragen“</b>	28
Leserbrief zum AfD-Portal: <b>Bevor mir der Kragen platzt!</b>	28
Reaktion auf AfD-Portal: <b>Offener Brief mit „Geständnis“</b>	29
GEW-Kreisverband Harz: <b>11. Bildungstag am 9. März</b>	29
GEW-Kreisvorstand Magdeburg:	
<b>Jubiläumsveranstaltung mit tollem Programm</b>	30
Delegiertenkonferenz Stendal:	
<b>Für gerechte Eingruppierung</b>	30
GEW-Kreisvorstand Börde:	
<b>Mit Vertrauensleuten in Klausur</b>	30
Nachschatlag: <b>Nachrichten</b>	32



© www.ssw-kommunikation.net



## Novellierung des KiFöG:

# Großartige Kundgebung vor dem Landtag – mit (kleinem) Erfolg!

(EuW) Lange wurde in Sachsen-Anhalt über die Novellierung des Kinderförderungsgesetzes debattiert und gestritten. Und die GEW hat ihre Vorschläge für Verbesserungen der Beschäftigungs- und Betreuungsverhältnisse beständig in die Diskussionen eingebracht. Der Entwurf, der von der Regierungskoalition zuletzt in den Landtag gegeben wurde, ließ jedoch einen Großteil dieser Ideen außer Acht. In einigen Punkten, wie etwa dem Anspruch auf Betreuungszeiten, stellte er gar einen Rückschritt im Vergleich zum vorherigen Stand dar. Diese Entwicklung war für ein breites Bündnis Grund genug, um mit einer großen Aktion vor der finalen Beschlussfassung des Landtages öffentlich auf die Probleme der vorgesehenen Änderungen aufmerksam zu machen.

Parallel zur Landtagssitzung am 25. Oktober mobilisierte das Bündnis unter Federführung der GEW Sachsen-Anhalt deshalb zu einer Kundgebung auf den Magdeburger Domplatz. Unter den etwa 800 Teilnehmer\*innen waren viele Eltern und Beschäftigte, die lautstark und mit kreativen Aktionen ihren Unmut über die geplanten Änderungen zum Ausdruck brachten.

Zahlreiche Rednerinnen und Redner argumentierten von der Bühne aus für notwendige Nachbesserungen an der Novelle. So berichtete ein Erzieher aus dem Jerichower Land von seiner Freude und Begeisterung für den Beruf, beklagte aber gleichzeitig fehlende Zeiten für eine angemessene Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Angebote. Unser Kollege Frank Wolters, in der GEW Sachsen-Anhalt hauptamtlich zuständig für die Bereiche Jugendhilfe und Sozialarbeit, ging in seinem Beitrag auf die nach wie vor knappe Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen ein. Die kleinen Verbesserungen, die in der Beschlussvorlage aufgeführt sind, reichten demnach bei weitem nicht aus, um eine verlässliche Betreuung zu sichern, die nicht länger zu Überlastung und Verausgabung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort führt.

Auch aufgrund der großen Resonanz der Kundgebung scheinen sich die Abgeordneten des Landtages in letzter Minute auf einige Änderungen bei der Novellierung verständigt zu haben. So sollte zur finalen Abstimmung die täglich Mindestvertragszeit im Hortbereich von zwei auf vier Stunden angehoben werden. Über diesen Schritt würden Beschäftigte und Träger größere Sicherheit für die verbindlichen Betreuungs- und Arbeitszeiten gewinnen. Andere Auswirkungen der Novellierung wird die GEW genau im Blick behalten und auch in Zukunft thematisieren.



## Neues Aktionsbündnis in Sachsen-Anhalt gegründet: **Schulsozialarbeit dauerhaft verankern**

(EuW) Schulsozialarbeit als Bindeglied zwischen Jugendhilfe, Schule und Elternschaft verbessert das Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung und stärkt die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen vor Ort. Die etwa 400 Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort die Schulsozialarbeit absichern oder in den regionalen Netzwerkstellen mitarbeiten, sind seit vielen Jahren aus dem schulischen Leben nicht mehr wegzudenken. Mit dem Auslaufen der ESF-Mittel droht diesen Stellen spätestens Mitte 2020 das Aus. Viele Projekte und Angebote für die Schulkinder und Eltern sind damit gefährdet. Aktuell gibt es keine Lösungsvorschläge von Seiten der Landesregierung, wie die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt über die gegenwärtige Förderperiode hinaus gewährleistet werden soll. Vertreterinnen und Vertreter aus

Eltern- und Schülerschaft, Zivilgesellschaft sowie Beschäftigte und Träger haben sich daher in einem Aktionsbündnis zusammen geschlossen, um von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zur Schulsozialarbeit einzufordern.

Bündnispartner sind die GEW Sachsen-Anhalt, der Landeselternrat, der Landesschülerrat, die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. Gemeinsam werden sie aktiv auf Politik und Öffentlichkeit zugehen und sich für den Erhalt der Schulsozialarbeit stark machen. „Bundesweit wird anerkannt wahrgenommen, was Sachsen-Anhalt im Bereich der Schulsozialarbeit geleistet hat. Jetzt gilt es, das jahrelang aufgebaute Vertrauen zwischen Schulen und Jugendhilfe nachhaltig zu verankern, auszubauen und für weitere gemeinsame

Kraftanstrengungen zu nutzen“, sagte Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, anlässlich der Bündnis-Gründung.

Die GEW weiß aus verschiedenen Perspektiven um die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit. Allen politischen Akteuren muss klar sein, dass die bestehenden Strukturen nicht wegen Untätigkeit verloren gehen dürfen.

Nächstes Jahr werden die Haushaltsberatungen im Landtag einen ersten Gradmesser dafür abgeben, welche Priorität das Thema in den einzelnen Fraktionen besitzt. Innerhalb des Bündnisses wurden für das kommende Jahr bereits verschiedene Aktionen geplant, damit die Schulsozialarbeit auch nach 2020 ein fester Bestandteil der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt bleibt.



<https://alpha-netz-isa.de/>

## Netzwerk Alphabetisierung und Grundbildung: **GEW unterstützt Landesinitiative**

**Nicht richtig lesen und schreiben zu können ist für ca. 200.000 Menschen in Sachsen-Anhalt bittere Realität – funktionaler Analphabetismus heißt dieses Phänomen. Das Landesnetzwerk Alphabetisierung und Grundbildung wirbt seit Januar 2017 in Politik und Gesellschaft unermüdlich für dieses Thema und bündelt die Kompetenzen verschiedener Träger der Erwachsenenbildung im Land, um Betroffene zu unterstützen. Mit der Gründung einer Landesinitiative – bestehend aus weiteren Bündnispartnern aus Wirtschafts- und Sozialverbänden, Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt – soll aus dem Problem immer mehr ein öffentliches Thema werden.**

### Prominente Unterstützung

Im Rahmen eines Fachtages, der am 14. November 2018 im Gesellschaftshaus Magdeburg stattfand, gründete sich unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff die Landesinitiative Alphabetisierung und Grundbildung Sachsen-Anhalt. Zu den Erstzeichner\*innen zählten neben der GEW 16 weitere Organisationen. Gemeinsam wollen sie dazu beitragen, Analphabetismus und seine Auswirkungen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und damit Betroffene und ihre Angehörigen zu unterstützen. Gelingen soll dies u.a. durch gemeinsame Aktivitäten der Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit oder im Rahmen von Angeboten nachholender

Grundbildung. All dies stellt eine zentrale Voraussetzung für die Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben dar.

### Fachtag als Gipfeltreffen

Eingebettet war der Fachtag in ein vielfältiges Rahmenprogramm. Das ALFA-Mobil des Bundesverbandes für Alphabetisierung und Grundbildung e.V. machte im Magdeburger Gesellschaftshaus Station, um für Lese- und Schreibkurse zu werben und Interessierte zu beraten. Partnerorganisationen des Landesnetzwerks präsentierten ihre Angebote. Lernerinnen und Lerner, die sich Lese- und Schreibfähigkeiten nachträglich aneignen, waren vor Ort, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Sowohl Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff als auch Bildungsminister Marco Tullner zollten den Lernerinnen und Lernern in ihren Grußworten Respekt und Anerkennung. Mit besonderer Spannung wurde der Impuls vortrag von Dr. Klaus Buddeberg von der Universität Hamburg zur leo.-Level-One-Studie und der Erfassung der Lese- und Schreibkompetenz von Erwachsenen in Deutschland erwartet. Die Universität Hamburg ermittelte 2011, dass mit 7,5 Mio. Analphabeten zwischen 18 und 64 Jahren in Deutschland die Zahl der Betroffenen nahezu doppelt so hoch ist, wie zuvor jahrelang von Expert\*innen angenommen.

Derzeit wird an der leo.-Grundbildungsstudie gearbeitet, die untersucht, wie sich eine geringe Alphabetisierung und Grundbildung auf alltägliche und gesellschaftliche Teilhabechancen auswirkt. Im Fokus stehen finanzielle Grundbildung, Gesundheitsgrundbildung, arbeitsorientierte Grundbildung, familiäre, politische und digitale Grundbildung sowie die Weiterbildungsteilnahme der Betroffenen. Öffentlichkeit und Bildungsanbieter sollen somit ein noch genaueres Bild von der Zielgruppe erhalten und entsprechend bedarfsbezogene Angebote entwickeln. Die Ergebnisse werden dann auf dem nächsten Fachtag am 13. Juni 2019 in Magdeburg öffentlich vorgestellt.

### Sensibel und nachdrücklich

Alle Netzwerkpartner\*innen und Unterstützer\*innen eint der Wunsch, Analphabetismus als Phänomen unserer Gesellschaft immer wieder zu thematisieren, die öffentliche Debatte anzustoßen, weitere Partner und Unterstützer zu gewinnen, um so mitzuhelfen, die Zahl der Analphabeten deutlich zu senken. Ein erster gemeinsamer Schritt ist getan. Nun heißt es, gemeinsam Fahrt aufzunehmen und das Thema „Mangelnde Literalität im Erwachsenenalter“ sensibel, aber nachdrücklich in die öffentliche Debatte zu tragen.

Dr. Reinhild Hugenroth, Kathrin Heinl



Foto: Viktoria Kühne

## Angebot zur Bezahlung von Mehrarbeit: Unseriös und in höchstem Maße unfair

(EuW) Das Bildungsministerium hat vor wenigen Tagen den Lehrkräften in Sachsen-Anhalt angeboten, einen Teil der Überstunden weit unter Wert abzukaufen. Die Lehrkräfte sollen im Gegenzug dafür auf den ihnen zustehenden Freizeitausgleich verzichten. Dieses Angebot verdeutlicht zum einen die enorme Not bei der Unterrichtsversorgung des Landes, zum anderen wird deutlich, was von der immer wieder behaupteten hohen Wertschätzung des Bildungsministers von der Arbeit der Lehrkräfte zu halten ist: Nichts.

Die Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt schieben einen Berg von mehr als 200.000 Überstunden vor sich her. Diese müssten durch Freizeitausgleich abgegolten werden. Das Angebot der Landesregierung soll diese hohe Zahl reduzieren. Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt erklärte dazu: „Eine Reduzierung der Überstunden ist mit Sicherheit dringend geboten, allerdings geht das Ministerium mit der jetzigen Notmaßnahme den falschen Weg. Der grundlegende Misstand wird damit nicht einmal ansatzweise gelöst.“ Vielmehr sei das hilflose Vorgehen ein weiterer deutlicher Beweis für den gravierenden Lehrkräfte-Mangel, für den die Landesregierung keine Lösungen anbieten kann. Nach wie vor schaffe es das Bildungsministerium nicht, ausreichend Personal an die Schulen zu bringen. Sachsen-Anhalt erlebe die schlechteste Unterrichtsversorgung aller Zeiten. Konkret hat das Bildungsministerium in Aussicht gestellt, für alle Mehrstunden, die am 31. Juli 2018 die Zahl von 80 überstiegen, eine Vergütung nach der Mehrarbeitsvergütungsverordnung zu zahlen.

### Unseriöse Aufgabe

Die GEW und der Lehrerhauptpersonalrat wurden von dieser beabsichtigten Regelung überrascht. Die GEW hat gegenüber dem Bildungsministerium sehr deutlich gemacht, dass sie diese aus folgenden Gründen als äußerst problematisch und tarifwidrig einschätzt.

Die infrage kommenden Mehrstunden sind nach der Arbeitszeitverordnung und dem Flexi-Erlass entstanden. Sie sind keine Mehrarbeit im Sinne der Mehrarbeitsvergütungsverordnung. Weder wurde Mehrarbeit

angeordnet, noch erfolgte die hierfür notwendige Beteiligung des Personalrates. Für die Anwendung der Regelung auf die Stunden, die über 80 geleisteten Mehrzeiten liegen, fehlt ebenso jegliche Rechtsgrundlage. Die Bezahlung der Mehrzeiten soll weit unter ihrem Wert erfolgen:

- Der Wert einer Unterrichtsstunde an der Grundschule beträgt in der Regel zwischen 30 Euro (Stufe 1) und 45 Euro (Stufe 6), gezahlt werden sollen knapp 24 Euro.
- Der Wert einer Unterrichtsstunde an der Sekundarschule beträgt in der Regel zwischen 34 Euro (Stufe 1) und 50 Euro (Stufe 6), gezahlt werden sollen knapp 24 Euro.

Zur Ermittlung des realen Betrages einer Unterrichtsstunde teilt man das Monatsgehalt durch die monatliche Arbeitszeit. Die monatliche Arbeitszeit ist das Produkt aus wöchentlicher Pflichtstundenanzahl und dem Faktor 4,348 (durchschnittliche Anzahl der Wochen im Monat).

### Weit unter Wert

Die Landesregierung will den Beschäftigten ihre Arbeitszeit weit unter Wert, teils nur für die Hälfte, abkaufen und damit einen Freizeitausgleich verhindern. Das können wir nur als Lohnraub bezeichnen! Die GEW spricht sich vor allem deshalb gegen diese Regelung aus, weil wir als Gewerkschaft nicht hinnehmen können, dass die Arbeitszeit von Lehrkräften derart unter ihrem tatsächlichen Wert bezahlt wird, und weil wir befürchten, dass dieses Sparmodell dauerhaft und in noch größerem Maße angewendet werden soll. Weitere Forderungen nach billigen Mehrstunden und erhöhte Belastungen werden die Folgen sein. Das ist nicht akzeptabel.

### Arbeitszeitkonten vorgeschlagen

Die GEW fordert weiterhin, dass die Stunden durch Freizeitausgleich abgegolten werden. Sie bietet der Landesregierung eine Vereinbarung an, mit der die vielen Mehrstunden derzeit für eine gewisse Zeit auf Arbeitszeitkonten geparkt werden und im Einvernehmen mit der Lehrkraft vor dem Ausscheiden aus dem Dienst oder zu anderen gewünschten Zeiten durch Freizeit ausgeglichen werden können.

Die GEW kritisiert vor allem neben den zu niedrigen Vergütungssätzen die Nichtbeach-

tung des Gesundheitsschutzes. Generell ist es die Pflicht eines Arbeitgebers, Überlastungssituationen zu vermeiden. Die angehäuften Überstunden sowie die verweigerten Freizeitausgleiche sprechen leider eine andere Sprache.

Einige wenige betroffene Lehrkräfte werden das Angebot vielleicht annehmen, dem Gesamtsystem Schule wird dieses Angebot nichts bringen. Man muss keine hellseherischen Fähigkeiten haben, um die weitere Verschlechterung der jetzt schon katastrophalen Unterrichtsversorgung vorherzusagen. Die GEW fordert Minister Tullner dringend auf, auf solche kurzsichtigen Aktionen, die zudem jegliche Fürsorgegedanken gegenüber den Beschäftigten in Schulen vermissen lassen, zu verzichten und endlich ein Gesamtpaket vorzulegen, mit dem die Not bei der Unterrichtsversorgung an den Schulen tatsächlich gemildert werden kann. Die GEW-Vorschläge hierzu liegen auf dem Tisch.

Die GEW informiert über weitere Fragen im Zusammenhang mit der Auszahlung auf ihrer Website <https://gew-sachsenanhalt.net>. Für GEW-Mitglieder stellt sie dort zwei Geltendmachungen zur Verfügung – eine, um die tatsächliche Vergütung der Mehrarbeit einzufordern, und die zweite, um Freizeitausgleich für die Mehrstunden zu verlangen.

## Leserbrief:

### Unterrichten zum Billiglohn

Seit Beginn des Schuljahres 2018/19 gibt es an vielen Grundschulen mehr Klassen als Klassenlehrerinnen.

Wie löst man diese Misere? Die pädagogischen Mitarbeiterinnen werden in diesen Klassen eingesetzt. Wollen diese nicht fünf Stunden lang Betreuungsaufgaben wahrnehmen, unterrichten sie eben Deutsch, Matematik, Gestalten usw. Eine fehlende aktuelle Aufgabenbeschreibung macht es möglich. Da haben die Schulen, Kinder und Eltern aber Glück, dass viele PMs ausgebildete Horterzieherinnen und Unterstufenlehrerinnen mit einem, zwei oder sogar drei Fächern sind, sodass beim Unterricht Qualität gesichert werden kann.

Das sieht bei manchen Seiteneinsteiger\*innen nicht so aus. Da es bei fehlenden Lehrer\*innen auch an Mentor\*innen für sie hapert, springen selbstverständlich die PMs ein und „spielen“ die Zweitbesetzung in diesen Klassen. Aber Seiteneinsteiger\*innen erhalten als Bezahlung die E10, PMs die E8. – Muss man diese Ungerechtigkeit noch erklären? Das bewegte besonders die Teilnehmenden des Stammtisches der GEW Dessau-Roßlau am 18. Oktober.

Könnten die PMs in ihren ausgebildeten Fächern arbeiten und würden auch entsprechend dafür bezahlt, wären viele Löcher an den Grundschulen gestopft!

Sabine Jarygin, GEW-KV Dessau



Mit diesem Plakat beteiligt sich der GEW-Kreisverband Stendal an der JA13-Aktion





## GEW bietet Bildungsministerium Gespräch an: Halbjahreszeugnisse in Schuleingangsphase abschaffen!

In den letzten Wochen kam erneut die Debatte um die Abschaffung der Halbjahreszeugnisse auf. Diese Diskussionen können nicht losgelöst von der stetigen Zunahme der Arbeitsbelastung an Grundschulen betrachtet werden. Die steigenden Belastungen werden auch durch die Zunahme von Langzeiterkrankungen deutlich, über die zuletzt etwa die BARMER in einem Bericht zu Krankheiten und Ausfalltagen bei Lehrkräften informiert hatte.

Die in Grundschulen mit viel Aufwand eingeführte neue Praxis der Dokumentation von Schülerleistungen führt dazu, dass neben der langjährigen Praxis der Bewertung jetzt auch viel mehr Prozesse der Lernbegleitung in den Fokus rücken. Die Steuerungsfunktion der Leistungsbewertung spiegelt sich darin wider, dass Eltern und Lehrkräfte Entscheidungen über Maßnahmen der individuellen Förderung und der individuellen Anpassung von Leistungsanforderungen zur Vorbereitung von Versetzungs- oder Übergangsentscheidungen treffen.

Unter Berücksichtigung der Individualität eines jeden Kindes können dabei zielgenau Absprachen stattfinden. Das alles erfordert Zeit und mündet in mindestens einmal jähr-

lich stattfindenden Elterngesprächen. Diese werden traditionell an vielen Grundschulen zum Halbjahr angeboten und von den Eltern in der Regel gut angenommen. In diesen Gesprächen geht es um einen intensiven Austausch über den Lernstand des Kindes, über mögliche Fördermaßnahmen und um das Festlegen neuer Entwicklungsziele. Ein reiner Zeugnistext stellt eine einseitige ausgerichtete Meinungsäußerung dar. Eltern haben nicht die Möglichkeit, sich mit dem Lehrer auszutauschen und gemeinsam neue Ziele festzulegen. Außerdem kann es bei gleichfalls stattfindenden Gesprächen zu unnötigen Textdopplungen kommen. Dagegen kommt es im Gespräch zu dem notwendigen Austausch von Lehrern und Eltern. Das ist zielführender als der geschriebene Text. Die Eltern sind durch ein gutes Lernentwicklungsgepräch bestens über den Stand ihres Kindes informiert. Zu diesem Gespräch ist ein verbindliches Protokoll anzufertigen, das alle Beteiligten unterschreiben. Das ist ein sinnvoller Ersatz für das Halbjahreszeugnis. Für die Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der Gespräche benötigt die einzelne Lehrkraft viel Zeit. Diese ist jedoch bei stetig steigenden Belastungen ein kostbares Gut. Sicher auch aus diesem Grund räumt

der Zeugniserlass die Möglichkeit ein, bei stattfindenden Lernentwicklungsgeprächen auf das Schreiben von Texten zu verzichten. Wenn man jetzt jedoch das neue Zeugnisformular verwendet, stellt man fest, dass die Schüler in diesem Fall ein leeres Blatt Papier bekommen.

Unter Berücksichtigung der oben erwähnten Vorteile eines Elterngespräches ist es dann konsequenter, zu fordern, dass die Zeugnisse in der Schuleingangsphase der Grundschule entfallen. Mit diesem Vorschlag ist die GEW gemeinsam mit dem Grundschulverband und dem Verband Sonderschulpädagogik bereits im Jahr 2015 an das Ministerium herangetreten. Seitdem ist es leider nicht gelungen, in dieser Frage einen Konsens zu finden. Im Gegenteil, es wurden regelmäßig neue Zeugnisformulare aufgelegt, die ohne Einbeziehung schulischer Fachleute zu einer stetigen Diskussion über die Sinnhaftigkeit führten. Mit dem letzten Zeugnisformular dürfte der vorläufige Negativ-Höhepunkt erreicht sein. Aus diesem Grund erneuert die GEW ihr Gesprächsangebot an das Bildungsministerium zum Finden vernünftiger Lösungen.

LAG Grundschulen der  
GEW Sachsen-Anhalt

## Erste Betriebsrätekonferenz in Sachsen-Anhalt: Gewerkschaften mit Landesregierung im Dialog

Am 21. November 2018 hat in Magdeburg eine Betriebsrätekonferenz auf gemeinsamer Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Sachsen-Anhalt und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalts stattgefunden.

Nach der Begrüßung durch die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalts, Petra Grimm-Benne, hielt Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff die Eröffnungsrede. Beide stellten klar, dass Betriebs- und Personalräte wichtige und sinnvolle Institutionen in der Arbeitswelt sind und damit insgesamt die Betriebe bereichern. In den nachfolgenden drei Foren fanden angeregte Diskussionen zur Ausgestaltung der Arbeitswelt statt. So diskutierten Betriebsräte mit dem DGB-Vorsitzenden für Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, und die Landesvorsitzenden der DGB-Gewerkschaften mit der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration und dem Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Im Rahmen dieser Diskussionen wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und Tarifverträge unabdingbar seien, um gute Arbeit in den Betrieben zu erreichen. Gerade im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel seien Arbeitsbeziehungen ohne Tarifverträge und Mitbestimmung ein Standortnachteil.

Eva Gerth stellte in diesem Zusammenhang ausdrücklich nochmals klar, dass die Mitbestimmung auch für Arbeitsverhältnisse im Bereich des öffentlichen Dienstes genau den gleichen Stellenwert wie im Betriebsver-

fassungsgesetz einnehmen muss. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass es beim jetzigen Stand der Neufassung des Personalvertretungsgesetzes erhebliche Defizite gäbe. Dieser Auffassung schloss sich auch Oliver Greie, Landesbezirksleiter von ver.di für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, an.

Auch er bemängelte die nur unzureichenden Regelungen des Personalvertretungsgesetzes. Besonders erfreulich war, dass auch aus dem Organisationsbereich der GEW Betriebs- und Personalräte die Veranstaltung besuchten.

Thomas Kohout



Foto: Thomas Kohout

Geht man in die achtundzwanzigjährige Geschichte der GEW Sachsen-Anhalt zurück, wird man selten Passagen in den Grußworten der Vertreter\*innen der Landesregierungen finden, die so pronomiert wie am 23. und 24. November



## 8. Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt: Positive Bilanz – ehrgeizige Ziele – anspruchsvolle Wege

dieses Jahres der GEW Recht geben. Ob es Bildungsminister Marco Tullner im Zusammenhang mit dem Lehrkräftemangel und den schier ausweglosen Perspektiven für die Unterrichtsversorgung oder der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, Thomas Wünsch, zur Situation des Personals an den Hochschulen des Landes war, beide kamen nicht umhin zu konstatieren, dass die GEW mit ihren Warnungen vor den Folgen der Sparpolitik recht gehabt hatten. Sicher war der Ausspruch des Bildungsministers „Wir haben rechtzeitig versäumt, auf die GEW zu hören“ ein ‚Lapsus Linguae‘, aber augenscheinlich wollte er zum Ausdruck bringen, dass die GEW mit ihren Prognosen und Warnungen (leider) Recht hatte.

Das konstatierten auch die Landesbeauftragte des DGB Sachsen-Anhalt, Kollegin Susanne Wiedemeyer, und die GEW-Bundesvorsitzende, Kollegin Marlis Tepe, in ihren mit großer Zustimmung aufgenommenen Grußworten. Sie stellten insbesondere Zusammenhänge zwischen der Bildungsmisere und der verfehlten Steuerpolitik von Bund und Ländern her. Beide würdigten das Wirken der GEW Sachsen-Anhalt im DGB-Landesbezirk bzw. im Rahmen der Bundesorganisation der GEW.

Die Diskussionen zu den vorgelegten Anträgen bestätigten dies. Sie dokumentieren, dass weiterhin ehrgeizige Ziele vor uns stehen, aber auch Wege angegangen werden, sie im Interesse der Mitglieder zu erreichen.



### Die GEW Sachsen-Anhalt ist eine wichtige politische Kraft: Eine starke Bildungsgewerkschaft für gute Beschäftigungsbedingungen

Traditionell nahm die Landesvorsitzende der GEW, Eva Gerth, zu Beginn das Wort zu ergänzenden Bemerkungen zum Geschäftsbericht des Landesvorstandes. In ihrer Rede würdigte sie die Ergebnisse der Arbeit des Landesverbandes seit 2014, benannte kommende Aufgaben und stellte politisch-aktuelle Bezüge zur Landespolitik her.

Die Redaktion

Das offenbart unsere gesamte Misere. Es sind nicht die Zahlen der GEW, sondern die der Landesregierung bzw. des Bildungsministeriums, offengelegt in kleinen Anfragen. Die am 21. November bekannt gegebenen neuen Ausschreibungszahlen müssen erst einmal erfüllt werden.

Aus meiner Sicht macht dies zwei Dinge deutlich: Einerseits sind längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, Lehrkräfte einzustellen und zu halten – da müssen wir immer wieder den Finger in die Wunde legen und mahnen.

Andererseits dürfen wir nicht nachlassen, uns trotzdem um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an Schulen zu kümmern. Da wo Überlastungssituationen sind, müssen die Anrechnungen erhöht werden; wenn es vernünftig ist, Grund- und Leistungskurse an Gymnasien wieder einzuführen, dann muss ein gewisser Personalauflauf in Kauf genommen werden; wenn Seiteneinsteiger\*innen studieren sollen, dann brauchen sie und ihre Mentor\*innen dafür Abminderungsstunden; wenn die Lehrkräfte keine Zeit für Prävention haben, dann muss diese Zeit geschaffen werden.

Unsere Anträge an die 8. LDK beschreiben diese Anforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine starke Bildungsgewerkschaft für gute Beschäftigungsbedingungen, so habe ich meinen Geschäftsbericht überschrieben, daran will ich mich messen lassen. Maßstab für die Arbeit der GEW war – und bleibt – ein Beschluss der Delegierten der außerordentlichen Delegiertenkonferenz im September 2016, einen „Kodex für gute Arbeit in der Bildung in Sachsen-Anhalt“ zu vereinbaren. Jede bildungspolitische Frage ist daran zu messen, wie gut, zukunftsträchtig und tarifvertraglich abgesichert die Beschäftigungsverhältnisse derjenigen sind, die dort arbeiten. Die Aufgaben in Schule, Kita, Hochschule und Weiterbildungseinrichtung müssen vor allem auch personell gut abgesichert sein.

Es ist noch nicht gelungen, einen solchen Kodex zu vereinbaren. Und somit bleibt das der Prüfstein für unsere Arbeit.

Wenn es um die Umsetzung der Aufgaben geht, da sind wir mitten drin. An Ideen mangelt es nicht, an Problemen, die den Bildungs bereich betreffen, ebenso nicht. Eines davon ist der Personalmangel in allen Bereichen, die die GEW vertritt.

Für 763 ausgeschriebene Stellen bis September 2018 gab es 559 Lehramtsbewerber\*innen, 125 mit DDR-Ausbildung, 625 mit Hochschulausbildung ohne Lehramtsbefähigung. Insgesamt hat das Schulamt 1.423 Einstellungsangebote unterbreitet. 420 Kolleginnen und Kollegen haben die Stellen angenommen, davon 390 zum ersten Schultag. 227 Lehrkräfte blieben ohne Einstellungsan gebot. Ca. 600 vollarbeitende Lehrkräfte fehlen bis zum Stellenziel der Landesregierung, ca. 450 Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls. Dazu kommt eine steigende Zahl von erkranktem Kolleginnen und Kollegen, und die, die in Elternzeit sind.

Wie groß die Not bei der Unterrichtsversorgung ist, zeigt sich auch bei den jüngsten Entwicklungen zur Bezahlung der Überstunden der Lehrkräfte.

Obwohl wir derzeit die Aussicht auf ein Wahlrecht zwischen Bezahlung und Freizeitausgleich haben und die Landesregierung wohl inzwischen auch begriffen hat – auch durch die schnelle Intervention der GEW –, dass sie den wahren Wert einer Unterrichtsstunde bezahlen muss, sind wir hier noch längst nicht am Ende mit unserer Arbeit.

Alles das, auch Arbeitszeitkonten, wenn wir sie bekämen, sind ein Entgegenkommen von Beschäftigten und verbeamteten Kolleginnen und Kollegen gegenüber ihrem Arbeitgeber.

Da darf es erlaubt sein, nach dem Entgegenkommen der Arbeitgeber/des Dienstherrn zu fragen. Wir müssen über die Absenkung der Arbeitszeit für Lehrkräfte reden, jetzt können wir Druck machen.



Foto: Daniel Merbitz

## edingungen

Doch nicht nur in den Schulen zeigt sich die Personalnot. An Hochschulen gibt es immer weniger Festangestellte, nicht nur Kolleginnen und Kollegen, die promovieren, auch gestandene Kolleginnen und Kollegen Wissenschaftler\*innen haben prekäre Stellen, befristet, in Teilzeit, dafür aber mit erhöhten Arbeitsaufgaben. Familie ist da offensichtlich nicht vorgesehen. Da, wo der Bedarf groß ist, bei der Lehrer\*innenbildung, werden Stellen geschaffen, die meisten aber auch hier nur befristet.

Und ein weiteres Beispiel: Die GEW ist seit Kurzem Mitwirkende in der Landesinitiative „Alphabetisierung und Grundbildung“. Die Bedeutung von Grundbildung wurde in den Reden, auch vom Ministerpräsidenten, unterstrichen. Natürlich, es hat mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu tun. Bei der anschließenden Analyse der Situation der Betroffenen kommt nebenher zum Ausdruck, dass 90 Prozent derer, die in den entsprechenden Projekten für die Grundbildung arbeiten, prekär beschäftigt sind.

Hier liegt eine wichtige Aufgabe für die GEW, das kann uns nicht kaltlassen.

Ein Beispiel für viel Arbeit in den vergangenen Jahren, für viel Druck der Bildungsgewerkschaft und auch für gelungene Bündnisse ist für mich die bundesweite GEW-Kampagne für die Bezahlung mit A13/E13 in allen Schulformen.

Wir haben früh angefangen – schon in den 90er Jahren –, uns für die 13 auf dem Gehaltszettel stark zu machen und auch erste Erfolge erzielt. Im vergangenen Jahr gab es weitere Erfolge: Ich meine die Verbesserungen für die Ein-Fach-Lehrkräfte und die Nichterfüller an einigen Schulformen. Jetzt geht es um die Grundschulen und ich bin überzeugt, dass wir auch das schaffen, so wie es in anderen Ländern auch geschafft wurde.

Wir führen seit einigen Jahren in Sachsen-Anhalt Aktionen dazu durch und ich erinnere mich gut an die Enttäuschung über die mangelnde Beteiligung bei diesen ersten Aktionen. Es war so, als hätten die Lehrkräfte an Grundschulen selbst nicht daran geglaubt, dass es hier Erfolge geben könnte.

Ein langer Atem ist wichtig – neben fundierter Argumentation und Demonstration unserer Kampfkraft. Deshalb beteiligen wir uns auch hier, am Rande unserer Konferenz, an der bundesweiten Statement-Aktion „JA13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen“ und werden erste Bilder hiervon in unserer EuW veröffentlichen. (→ Seite 6)

Darüber hinaus kämpfen wir auf vielen Gebieten: Bei dem derzeit schon vorliegenden Kinderförderungsgesetz um die Qualität der Bildung, die auf jeden Fall damit zusammenhängt, wie gut sie durch Erzieherinnen und Erzieher, die Zeit für Vorbereitung und Nachbereitung haben, umgesetzt werden kann. – Vielleicht ist unsere Kritik ein Grund, weshalb das Sozialministerium das Grußwort an die LDK abgesagt hat.

Wir erwarten das Hochschulgesetz, über das bisher nur gemunkelt wird. Enthält es Regelungen zur echten Mitbestimmung der Hochschulgremien oder geht es vor allem um die Vermarktung der Wissenschaft?

Und wir streiten gegen unsinnige Regelungen zum Personalvertretungsgesetz und für mehr Freistellungen, für eine bessere Mitbestimmung, für eine Einigungsstelle, die ihren Namen verdient. Leider agieren die, die sich mal als Arbeiterpartei bezeichnet haben, hier eher mutlos.

Ganz aktuell mussten wir uns leider auch hier in Sachsen-Anhalt mit dem völlig überflüssigen AfD-Meldeportal beschäftigen. Unsere Website dazu ist schnell entstanden, den Vorstandsbereich Information und Kommunikation und der GEW Bund sei Dank. Für uns bot es noch ein weiteres Mal die Gelegenheit, sich deutlich von derartigen Praktiken zu distanzieren und sich für Weltoffenheit und Toleranz auszusprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abgesehen von der AfD, mit der wir nicht zusammenarbeiten, lässt sich konstatieren, dass wir als GEW im Lande gehört werden.

Wenn man den Geschäftsbericht zur 7., der vorigen LDK, liest, so ist zu spüren, wie sehr wir gegen die Bullerjahnsche Doktrin der →



Der Neue Landesvorstand der GEW Sachsen-Anhalt  
Torsten Richter, Nico Elste, Heiko Bau



**Schwarzen-O-Politik gekämpft haben.** Alle unsere Voraussagen seit dem Beginn der 2000er Jahre wurden ignoriert. Es gab kaum noch Gespräche.

Seit der Wahl 2016 ist jedoch ein Umdenken bei der Landesregierung und den regierungstragenden Parteien zu spüren. Wir reden miteinander. Wir haben eine gute Kooperation mit den LINKEN und den GRÜNEN, teilweise mit der SPD und bisher weniger mit der CDU, obwohl es inzwischen auch hier einen sachlichen Austausch gibt. Die Landespolitik agiert aus unserer Sicht mutlos und zerstritten, ohne echte Konzepte, wohl aber mit ansatzweisen Korrekturen der Politik aus der vergangenen Legislatur.

Und wir, die GEW gehören zu denen, die solche Korrekturen, solche Änderungen in der Politik mit erzwungen haben.

Leider fällt uns das Erbe der Bullerjahn/Haseloff-Koalition jetzt immer auf die Füße: Schulen, Hochschulen, Kitas und Kommunen sind weiter unterfinanziert und der Personalabbau war eine Katastrophe, die uns noch Jahre beschäftigen wird.

Während das bei dem Personal im Schulbereich inzwischen nahezu unumstritten ist, rückt die Landespolitik an anderen Stellen keineswegs von früheren Beschlüssen ab, noch immer greifen auch SPD-Politiker\*innen u.a. auf den sogenannten „Bernburger Frieden“ zurück und sind nicht bereit, Abbauprogramme an Hochschulen zurückzudrehen.

Trotzdem gibt es Fortschritte: Ministerpräsident Haseloff hat sich erstmals in seiner Regierungszeit für Bildung und Wissenschaft engagiert, sie wurden zwangsweise zu Chefsachen, u.a. bei der Umsetzung der Beschlüsse zur Volksinitiative „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“. Sich auch als Ministerpräsident dieser Verantwortung zu stellen, war eine unserer Forderungen.

Es gibt bisher jedoch keine echte Kooperation und wir haben noch keine Tarifverhandlungen oder Vereinbarungen erreicht. Das bleibt noch zu erkämpfen.

Eine Organisation wie die GEW muss sich auch mit sich selbst beschäftigen und das ist nicht abwertend gemeint.

Den Generationenwandel gut hinzubekommen, unsere Organisation auch künftig für Mitglieder attraktiv zu machen und zu vermitteln, dass es „sexy“ ist, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Daran arbeiten wir mit guten Ideen.

Erwähnen möchte ich hier auch die gewerkschaftliche Bildung als eine unsere Stärken, in den Kreisverbänden, bei den Schulungen für unsere neuen Mitglieder, bei Personal- und Betriebsratsschulungen. Wir sind Teilnehmende und Referentinnen und Referenten, so wie es sich gehört für eine Bildungsgewerkschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landesvorstand hat die vergangenen vier Jahre gut gearbeitet, das möchte ich und kann es auch sagen, obwohl ich ja nur für zwei Jahre hauptverantwortlich zeichne.

Die Erfolge der GEW beruhen auch auf dem guten Zusammenspiel unserer ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen – angefangen vom Landesvorstand, über euch, die in den Schulen, Hochschulen und Kindereinrichtungen wirken. Im Landeshauptausschuss, in den Kreisverbänden, als Vertrauensleute, in den Personengruppen, den Landesarbeitsgruppen sowie in den Personalräten oder als Gleichstellungsbeauftragte leistet ihr eine verantwortungsvolle Arbeit, die gepaart mit der der hauptamtlichen Beschäftigten diesen Erfolg begründen. So sind wir stark und glaubwürdig.

Alle haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass die GEW insgesamt auf eine erfolgreiche Wahlperiode zurück schauen kann und auch weiterhin ihre wichtige Rolle als ernstzunehmende bildungs- und tarifpolitische Kraft in diesem Land spielen wird.

Für diesen persönlichen Einsatz im Interesse unserer Mitglieder und einer guten Bildungspolitik gilt mein herzlicher Dank allen Kolleginnen und Kollegen in der GEW, den Haupt- und den Ehrenamtlichen. Abschließend möchte ich mich vor allem auch dafür bedanken, dass die Arbeit nach dem Ausscheiden unseres langjährigen Vorsitzenden, Thomas Lippmann, nahezu nahtlos weiterging. Und ich bedanke mich für all die vielfältige und wichtige Unterstützung, die mir persönlich in dieser Übergangszeit gewährt wurde.



Foto: Daniel Merbitz

Mitglieder des Landesvorstandes: Stefan Hofmann, Helgard Lange, Ingo Doßmann, Dirk Schumeier, Kerstin Hinz, Malte Gerken, Thomas Kielgaß, Eva Gerth, Steffi Kaltenborn, Ulrich Härtel, Dany Hambach, Marlies Wahl und Uwe Stenzel (v.l.n.r.) sowie Stefanie Heidemann (wegen krankheitsbedingter Abwesenheit nicht im Bild).

## Nach Wahlmarathon:

# Kompletter Landesvorstand gewählt

(EuW) Die 8. Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der GEW Sachsen-Anhalt hatte neben der programmativen Diskussion und Beschlussfassung als ebenso wichtige Aufgabe, einen neuen Landesvorstand zu wählen. Entsprechend der geänderten Satzungsregelungen (→ Seite 12) über die Zusammensetzung des Vorstandes, über die Möglichkeit von Team-Kandidaturen und eine neue Stellvertreterregelung für die/den Vorsitzenden wurden folgende Kolleginnen und Kollegen gewählt:

Vorsitzende	Eva Gerth
Tarif- und Beamtenpolitik	Dany Hambach und Ulrich Härtel,
Information und Kommunikation	Torsten Richter
Organisationsentwicklung	Stefan Hofmann und Dirk Schumeier,
Finanzen	Uwe Stenzel,
Rechtsschutz	Helgard Lange und Volker Thiele,
Allgemeinbildende Schulen	Kerstin Hinz und Ingo Doßmann,
Berufliche Bildung und Weiterbildung	Malte Gerken,
Jugendhilfe und Sozialarbeit	Marlies Wahl und Stefanie Heidemann,

Hochschule/Forschung/Lehrerbildung

Dr. Steffi Kaltenborn und Dr. Nico Elste,

Gewerkschaftliche Bildung

Heiko Bauer,

Behörden und Verwaltungen

Thomas Kielgaß.

Als Stellvertreter\*innen der Vorsitzenden wurden aus diesem Kreis die Kollegin Kerstin Hinz und der Kollege Malte Gerken gewählt. Eva Gerth erhielt mit über 95 Prozent der Stimmen für die nächsten vier Jahre das volle Vertrauen der Delegierten.

Neben den Mitgliedern des Landesvorstandes wurden auch die Mitglieder zweier weiterer Gremien gewählt:

Als Kassenprüfer\*innen erhielten der Kollege Ronald Arndt und die Kolleginnen Bettina Kutz und Andrea Fritzsche das Vertrauen. Vertreter\*innen sind Silvia Wysocki, Christiane Rudloff und Reinhard Schulz.

In die Landesschiedskommission wurden Prof. Dr. Hans-Dieter Klein, Ingrid Stude und Stefanie Behrens gewählt. Als Stellvertreter\*innen fungieren hier Ulrich Goßrau und Dr. Gerd Riedl.



Foto: Daniel Merbitz

## Aus den Beschlüssen der 8. Landesdelegiertenkonferenz: Von Organisationsentwicklung über Tarif- und Beamtenpoli

**Wichtige Voraussetzung für die Wahl des neuen Landesvorstandes war, die satzungändernden Vorschläge, die sich auf die Zusammensetzung des Vorstandes auswirken würden, zu behandeln. Markantestes Ergebnis ist, dass Teamlösungen für die Wahrnehmung der Funktionen ermöglicht wurden.**

### Satzungsänderung:

#### Mehr Verantwortung auf breiteren Schultern

1. Der LV führt im Rahmen der Beschlüsse der LDK und des LHA die laufende Arbeit der GEW. Hierzu gibt er sich eine Geschäftsordnung.
2. Dem LV gehören an:
  - a) die oder der Vorsitzende,
  - b) die Leiterinnen und Leiter der Vorstandsbereiche
    - Tarif- und Beamtenpolitik
    - Information und Kommunikation
    - Gewerkschaftliche Bildung
    - Finanzen
    - Rechtsschutz
    - Allgemeinbildende Schulen
    - Berufsbildende Schulen
    - Jugendhilfe und Sozialarbeit
    - Hochschule/Forschung/Lehrerbildung
    - Erwachsenenbildung
    - Behörden und Verwaltungen.
3. Vorstandsbereiche können auch von Teams bestehend aus zwei Mitgliedern der GEW geleitet werden. Ein Team hat im LV nur eine Stimme.
4. Die Mitglieder des LV werden von der LDK in gesonderten Wahlgängen gewählt. Ein Team im Sinne von Nr. 3 wird zusammen in einem Wahlgang gewählt.
5. Zwei Mitglieder des LV nach Nr. 2b werden von der LDK als stellvertretende Vorsitzende oder stellvertretender Vorsitzender gewählt. Unter den in Nr. 2a und Nr. 5 Satz 1 genannten Vorstandsmitgliedern soll mindestens eine Frau und mindestens ein

Mann sein. Mitglieder eines Teams im Sinne von Nr. 3 können nur einzeln gewählt werden.

**Wenn auch von der Landesregierung als Mittel zur Steuerung des Lehrkräftebedarfs noch abgelehnt, hat die LDK einen konstruktiven Vorschlag für eine tarifliche Lösung durch Arbeitszeitkonten vorgelegt.**

#### Tariflicher Kampf gegen Lehrkräftemangel: Grundsätze für den Abschluss eines Tarifvertrages bzw. einer Vereinbarung zu Arbeitszeitkonten

1. Auf freiwilliger Basis können individuelle Arbeitszeitkonten für die Beschäftigten an Schulen eingerichtet werden.
2. Die Konten werden nur eingerichtet, wenn die Landesregierung tarif- oder einzelvertraglich garantiert, dass die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte nicht erhöht wird.
3. Auf dem Konto können mit Zustimmung des Beschäftigten Mehrzeiten gebucht werden. Erklären sich Beschäftigte freiwillig bereit, zusätzliche Unterrichtsstunden zu erteilen, um eine akute Mangelsituation zu beheben, so werden diese dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben.
4. Die Zeitguthaben werden am Schuljahresende um einen Bonus erhöht.
5. Der Ausgleich des Zeitguthabens erfolgt durch Freizeitausgleich oder durch eine Auszahlung des Zeitguthabens. Das Zeitguthaben kann auf Wunsch des Beschäftigten ganz oder auch teilweise in Anspruch genommen werden.
6. Der Ausgleich durch Freizeit kann durch Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtszeit oder durch Abgeltung im Block (u.a. Sabbat bzw. Verkürzung der Lebensarbeitszeit) erfolgen.
7. Die Auszahlung von Zeitguthaben kann in einer Summe oder in monatlichen Beträgen erfolgen. Zu zahlen ist der tatsächliche Wert einer Unterrichtsstunde.



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

## istik bis zu guter Bildung für alle

Bei einer anderweitigen, insbesondere unvorhergesehenen, Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist das verbliebene Zeitguthaben auszuzahlen.

8. Die Zeitguthaben sind unverfallbar (Insolvenzschutz) und können vererbt werden.
9. Die GEW setzt sich für eine Senkung der Pflichtstundenzahl ein. Weitere Entlastungen von Aufgaben, die Umsetzung des Gesundheitsschutzes und eine durchsetzbare attraktive Teilzeitregelung sollen ebenfalls vereinbart werden.

**Ebenfalls zum Thema „zusätzliche Belastungen in Folge des Lehrkräfteamangels“ wurde die Idee zu einer Kampagne nachfolgenden Inhalts geboren.**

### Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: Kampf gegen angeordnete Mehrzeiten

Die GEW Sachsen-Anhalt startet eine Kampagne „Gebt mir meine (Frei-)Zeit zurück!“ (Arbeitstitel) zur Rückgabe aller Mehrzeiten der Lehrkräfte, zur Abwehr der Überlegungen der Landesregierung über dauerhafte, angeordnete Mehrarbeit der Lehrkräfte und zur Abwehr der damit geplanten massenhaften Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Der Landesvorstand wird beauftragt, unverzüglich ein Konzept zu erarbeiten, das eskalierend wirkt und die Sicherung der genannten Ziele verfolgt:

- Herstellen der Öffentlichkeit zur Problematik der Mehrzeiten der Lehrkräfte,
- Abwehr der geplanten unterbezahlten massenhaften Mehrzeiten der Lehrkräfte,
- Abschluss eines Tarifvertrages über Arbeitszeitkonten,
- Ausgleich aller Mehrzeiten durch Freizeit oder Auszahlung (tatsächlicher Wert entsprechend der Eingruppierung) nach Wahl der Beschäftigten.

**Als Bildungsgewerkschaft hat sich die GEW auch auf dieser LDK mit bildungspolitischen Themen explizit befasst. Dazu gehören**

### Grundsätze der Schul- und Hochschulpolitik und z.B. auch das Thema Digitalisierung.

Die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Facetten ist in allen Teilen der Gesellschaft angekommen. Sie beinhaltet nicht nur die vielfältigen Möglichkeiten der Kommunikation mit ihren Chancen und erheblichen Risiken, sondern verändert durch neue Technologien die Möglichkeit ständiger Erreichbarkeit und den Zugang zu Informationen ohne Zeit- und Ortsbindung die Arbeitswelt genauso wie den privaten Bereich.

Heranwachsende im Umgang mit digitalen Medien konstruktiv zu begleiten und sie zu einer verantwortungsbewussten und kritischen Auseinandersetzung mit Informationen zu befähigen, gehört zu den größten Herausforderungen, vor denen Bildung und Erziehung jemals standen.

### Forderungen zur Digitalisierung: Nachholbedarf ist riesig

Veränderungen in der technischen Entwicklung vollziehen sich in atemberaubendem Tempo. Schulen als Arbeits- und Lernorte müssen daher sowohl personell wie auch technisch in die Lage versetzt werden, den Anforderungen einer immer komplexer werdenden vernetzten digitalen Welt gerecht zu werden. Die GEW vertritt daher folgende grundlegende Forderungen:

- Eine verlässliche Grundausstattung der Bildungseinrichtungen mit digitaler Infrastruktur ist sicherzustellen. Diese Ausstattung hat sich vorrangig am Bedarf entsprechend Schulform und lokalen Bedingungen zu orientieren und darf weder von bürokratisch überfrachteten Vergabeverfahren noch von heterogenen finanziellen Bedingungen abhängig sein. Die Ausstattung der Schulen muss nachhaltig erfolgen und die Folgekosten müssen langfristig kalkuliert sein.
- Die Übertragung großer Teile in diesem Zusammenhang anfallender Aufgaben an pädagogisches Personal ohne Ausgleich bindet unnötig Arbeitskraft, führt zu Überlastungssituationen und ist daher abzulehnen.





Foto: Daniel Mieritz



- Ein strenger Datenschutz ist zu gewährleisten. Im Zuge der geplanten Vernetzung von Schulverwaltung ist auf der Grundlage der europäischen Datenschutzgrundverordnung unbedingt sicherzustellen, dass Zugriffsrechte auf unmittelbar mit dem jeweiligen Sachgebiet befasste Personen beschränkt bleiben. Den Personalvertretungen sind umfassende Rechte hinsichtlich Mitbestimmung und Verfahrenskontrolle einzuräumen.
- Eine angemessene personelle und zeitliche Aufstockung der Verwaltung im Zusammenhang mit elektronischer Aktenführung ohne Rückgriff auf das Arbeitsvermögen von Lehrkräften ist unabdingbar.
- Bedarfsgerechte Fortbildungsangebote (außerhalb der Ferien/Freizeit) mit fest eingeplante Systemzeiten sind vorzuhalten
- Bedarfsgerechte und ergonomisch gestaltete Computerarbeitsplätze für Lehrende und Lernende gehören zu den elementaren Arbeitsbedingungen.
- Die Sicherstellung der Wartung und Administration der digitalen Infrastruktur durch Schulträger sowie ggf. die adäquate Ausstattung von Lehrpersonal mit Anrechnungsstunden sind Voraussetzungen für die erfolgreiche und weitgehend belastungsneutrale Umsetzung von Anforderungen der Digitalisierung.

### Berufliche Bildung

Berufsbildende Schulen sind wegen der Nähe zur Arbeitswelt und der damit verbundenen Spezifität und Vielfalt der Ausbildung in besonderer Weise von den Prozessen der Digitalisierung berührt und verdienen daher besondere Aufmerksamkeit. Die GEW fordert daher:

- Die Vorhaltung entsprechender Fort- und Weiterbildungen auf jeweils aktuellem Niveau. Dabei ist davon auszugehen, dass Lehrende hinsichtlich der Berufsfelder besondere Qualifikationen und Fertigkeiten erwerben müssen. Speziell in der Beruflichen Bildung ist zudem die Förderung einer berufsbezogenen Medienkompetenz als Teil der beruflichen Handlungskompetenz von besonderer Bedeutung.
- Die Berufsbildenden Schulen sind in die Lage zu versetzen, Konzepte der Lernortkooperationen mit den Betrieben anzupassen und fortzuschreiben.

- Hinsichtlich Bildung und Qualifizierung für die digitalisierte Arbeits- und Berufswelt ist zu beachten, dass Berufsschullehrer\*innen und Auszubildende zusätzliche Qualifikationen und Fertigkeiten erwerben müssen. Gegebenenfalls sollten Lehrpläne im Gegenzug auf verzichtbare Inhalte überprüft werden.

### Aus-, Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten im Bildungsbereich

Aus der Zielstellung, medienpädagogische Inhalte und Kompetenzen erfolgreich im Unterricht umzusetzen, ergibt sich zwingend die Notwendigkeit eines diesbezüglichen Vorlaufs auf Seiten der Lehrenden. Dies gilt es in der ersten und zweiten Phase der Lehramtsausbildung ebenso zu berücksichtigen wie in der berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung:

- Medienpädagogik muss nicht nur an Schulen verbindlich verankert sein, sondern auch in allen Phasen der Lehrer\*innenbildung. Sie ist daher in den Fachdidaktiken zu implementieren. Die Ausbildung der Lehrkräfte muss informatische Grundkenntnisse ebenso enthalten wie eine medienpädagogische Grundqualifikation.
- Lehrende sind in die Lage zu versetzen, digitale Medien in ihrem jeweiligen Fachunterricht professionell und didaktisch sinnvoll zu nutzen und inhaltlich reflektieren zu können. Dazu sind verlässliche Angebote der Fort- und Weiterbildung vorzuhalten.
- Aus- und Fortbildungsangebote sollen insbesondere vermitteln, wie ein inklusiver, binnendifferenzierender und individualisierender Unterricht gestaltet werden kann.
- Digitale Angebote in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sollen Präsenzveranstaltungen unterstützen und dürfen diese nicht generell ersetzen.

### Hochschule und Forschung

Für Studiengänge an Hochschulen und Universitäten bietet die Digitalisierung Perspektiven, die vorher undenkbar waren. So ermöglichen z.B. Online-Module unter Nutzung barrierefreier Zugänge oder die Verfügbarkeit von Scripten zu Lehrveranstaltungen Möglichkeiten der Flexibilisierung in enormem Ausmaß. Die GEW begrüßt und



Foto: Daniel Merbitz

unterstützt diese Entwicklungen grundsätzlich. Diese Inhalte müssen jedoch sinnvoll angeboten und genutzt werden.

Die GEW fordert daher:

- Online-Module dürfen kein Ersatz für Lehrveranstaltungen sein. Sie dürfen nicht vordergründig unter Aspekten wie Kosten und räumliche oder personelle Kapazitäten geplant werden. Dem direkten Kontakt zwischen Lehrenden und Studierenden kommt weiterhin das Primat zu.
- Forschungsergebnisse, insbesondere aus öffentlich finanzierten Mitteln generierte, müssen breiten Zugang finden, jedoch muss auch den Forschenden und ihrer Leistung Rechnung getragen werden, nicht zuletzt da viele Beschäftigungsverhältnisse prekären Charakters sind.
- Die Digitalisierung muss ausgehend von Lernenden, Lehrenden und Beschäftigten gedacht werden; Studierende müssen in die Lage versetzt werden, sich mit Digitalisierungsprozessen in Beruf und Gesellschaft kritisch auseinanderzusetzen und diese mitzugestalten.
- Die Teilhabe aller Studierenden an digitalen Angeboten ist sicherzustellen.
- Digitale Lehrangebote müssen ebenso wie andere Lehrveranstaltungen auf das Lehrdeputat angerechnet werden.

### **Arbeit und Arbeitsbedingungen**

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt tiefgreifend. Dies wird sich zunehmend auch auf die Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich auswirken. Hier gilt es einerseits, die sich bietenden Möglichkeiten im Sinne der Beschäftigten zu nutzen, andererseits aber auch Tendenzen der Arbeitsverdichtung sowie dem Auftreten zusätzlicher Stressoren Einhalt zu gebieten. Die GEW fordert daher:

- Es sind Strategien zu entwickeln, die der Arbeitsverdichtung und einer Entgrenzung der Arbeit entgegenwirken. Neue Technologien sind auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit zu betrachten.
- Es müssen verbindliche Regelungen zum Schutz vor einer dienstlichen Inanspruchnahme während der Freizeit bzw. gesetzlichen Ruhezeiten implementiert werden. Hierzu gehören Fragen der zeitlichen Erreichbarkeit der Kolleg\*innen ebenso wie die von

dienstlichen Vorgesetzten bzw. Kolleg\*innen erwartete Kenntnisnahme von Inhalten der digitalen Kommunikation. Zu verhindern ist insofern eine schleichende Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes sowie der notwendigen Trennung zwischen dienstlicher und privater Sphäre.

- Der Einsatz digitaler Medien und Technologien im Kontext von Lernen und Unterricht ist zudem teilweise mit erheblichen technischen und zeitlichen Belastungen verbunden, zum Beispiel durch Ausstattungs- und Wartungsprobleme, die Einarbeitung in neue Unterrichtstechnologien (z.B. Tablets, Kommunikations- und Lernplattformen, Social Media, Whiteboards), das Erschließen von digitalen Bildungsmedien (z.B. Digitale Schulbücher, „Open Educational Resources“) oder auch die Verlagerung von Verantwortlichkeiten im Zuge der digitalen Dokumentation von Leistungen (z.B. Leistungsbewertung, Tests, Vergleichsarbeiten). Diesbezügliche Aufgaben, die nicht unmittelbar den pädagogischen Erfordernissen des Berufes zuzurechnen sind, dürfen den Kolleg\*innen nicht ohne adäquaten Ausgleich übertragen werden, sondern sind grundsätzlich durch entsprechendes (nicht lehrendes) Fachpersonal in erforderlichem Umfang abzudecken.
- Auswirkungen auf die Gesundheit sind regelmäßig zu evaluieren. Die Ergebnisse fließen in die weitere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen ein.

Der Landesvorstand wird beauftragt, mit den politisch Verantwortlichen zur Digitalisierung ins Gespräch zu kommen, um diese Entwicklung konstruktiv zu begleiten und zu gestalten. Schwerpunkte sollen unter anderem sein:

- Ausstattung aller Schulen mit Breitbandanschluss,
- Fortbildung während der Dienstzeit,
- Ausstattung der Beschäftigten mit Datenträgern, die der DSGVO entsprechen,
- Ausstattung der Beschäftigten mit dienstlichen digitalen Endgeräten,
- Regelung zur Erreichbarkeit in dienstlichen Angelegenheiten.





Susanne Wiedemeyer, Stellvertretende Vorsitzende DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt, Landesleiterin Sachsen-Anhalt



Thomas Wünsch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt

→ **Der eingetretene katastrophale Lehrkräftemangel infolge einer verantwortungslosen Kürzungspolitik hat sich seit Anfang des Jahrhunderts angekündigt. Entgegen der Warnungen der GEW wurden die Zulassungszahlen für das Lehramtsstudium mit einem scharfen NC, begründet mit abzubauendem Personal, belegt. An der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wurde die Lehramtsausbildung fast komplett auf das Lehramt für BbS reduziert. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurden in einigen Fächern die Ausbildungskapazitäten in den Fachwissenschaften, Bildungswissenschaften und besonders den Fachdidaktiken durch eine unverantwortliche Personalpolitik immer stärker reduziert. Das führte insbesondere in den MINT-Fächern und im Grundschullehramt zu den Absolvent\*innenzahlen, die nun zum massiven Unterrichtsausfall führen.**

### Ausbildung des Lehrkräftenachwuchses: Lehramtsausbildung als gesellschaftliche Gesamtaufgabe verankern und ausbauen

Die GEW Sachsen-Anhalt setzt sich mit Nachdruck bei Landtag, Landesregierung und den beteiligten Ministerien dafür ein, dass die Versorgung der Schulen im Land durch eine ausreichende Anzahl an vollständig ausgebildeten Lehrkräften abgesichert wird. Dies schließt auch die Ausbildungszahlen an den Universitäten und Staatlichen Seminaren mit ein.

Für die qualitative Anpassung der Lehramtsausbildung (LA-Ausbildung) an zukünftige Herausforderungen setzt sich die GEW verstärkt in folgenden Bereichen ein:

- Die LA-Ausbildung soll an Schulstufen (Primarstufe, Sekundarstufe I und II) orientiert sein und 300 ECTS für alle Lehrämter umfassen.
- Die anzugehende inhaltliche Reform der LA-Ausbildung muss Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Mehrsprachigkeit, Heterogenität, Digitalisierung berücksichtigen und in die Curricula integrieren.
- Landesregierung und Universitäten sollen Programme für Promotions in den Bereichen der LA-Ausbildung schaffen und finanzieren.

Lehrkräften ist zur Erhöhung der Attraktivität der Weg der Abordnung anzubieten.

• Der Quer- und Seiteneinstieg muss von Landesregierung und Bildungsministerium gezielt mit Angeboten zur fachlichen, pädagogischen und didaktischen Fort- und Weiterbildung flankiert werden. Diese sollen Angebote der Universitäten beinhalten und sich zeitlich und organisatorisch in den Schul- und Arbeitsalltag integrieren lassen. In jedem Falle müssen die Angebote der Fort- und Weiterbildung zu besoldungsrelevanten Abschlüssen führen. In quantitativer Hinsicht ergeben sich daraus vor allem folgende Punkte:

- In den anstehenden Verhandlungen zu neuen Zielvereinbarungen zwischen der Landesregierung und den Universitäten setzt sich die GEW dafür ein, dass die LA-Bildung als Schwerpunkt von Lehre und Forschung festgeschrieben und entsprechend budgetiert wird.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität des Lehramtsstudiums, des Vorbereitungsdienstes und des Lehrberufs zu unterbreiten. Dies soll mittelfristig Stipendienprogramme für Lehramtsstudierende einschließen.
- Die Landesregierung soll für die LA-Ausbildung gezielt mehr Personal an den Universitäten und den Staatlichen Seminaren bereitstellen – auch um durch mehr Betreuung und Beratung die Abbrecherquoten zu senken.
- Die Kürzungen und Mehrbelastungen der letzten Schuljahre etwa bei der Zuweisung und in der Zweiten Phase der Ausbildung sind zurückzunehmen.
- Das Bildungsministerium wird aufgefordert, ein Programm zu entwickeln, um Abiturient\*innen gezielt in ein LA-Studium im Land zu führen. Die Vorstandsbereiche Hochschule/Forschung/ Lehrerbildung, Allgemeinbildende Schulen und Berufsbildende Schulen werden beauftragt, diesen Prozess zu begleiten.
- Maßgabe für den Bedarf an Lehrkräften ist eine Unterrichtsvorsorge von 105 Prozent.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, Prognosen für die Schüler\*innenzahlen jährlich durch unabhängige Expert\*innen erarbeiten und fortschreiben zu lassen.



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

tschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

**Marco Tullner, Minister für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt**

**Die Forderung nach einer verlässlichen Qualifizierung für den Quer- und Seiteneinstieg ist erst seit ca. einem Jahr wirklich ernst genommen worden. Das Schulgesetz wurde dazu geändert. Zur Ausgestaltung bedarf es noch konkreter Festlegungen.**  
**Forderungen der GEW dazu gibt es bereits länger. Nun wurden sie zu einem Grundsatzbeschluss zusammengefasst.**

### Zeitweilig notwendige Lösung: Qualifizierung für den Seiteneinstieg

Die GEW Sachsen-Anhalt setzt sich gegenüber Landtag, Landesregierung und politisch Verantwortlichen dafür ein, dass der Quer- und Seiteneinstieg in den Schuldienst Sachsen-Anhalts mit umfassenden, verlässlichen und besoldungsrelevanten Angeboten zur Fort- und Weiterbildung unterstellt wird. Maßgeblich sind dabei u.a. folgende Punkte:

1. Die GEW spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass „die Ausbildung der Lehrkräfte, grundsätzlich in einem universitären, auf ein Lehramt bezogenes Studium und dem sich daran anschließenden Vorbereitungsdienst, der mit einer Staatsprüfung abschließt, erfolgt.“ (KMK-Beschluss 05.12.2013). Diese muss an die derzeitigen Bedarfe angepasst und ausgebaut werden. Die Einstellung von Quer- und Seiteneinsteiger\*innen stellt nur eine vorübergehende landespezifische Sondermaßnahme dar, die durch eine entsprechende Qualifizierung begleitet werden muss.
2. Bei Einstellungen von Quer- und Seiteneinsteiger\*innen in den Landesschuldienst ist diesen Beschäftigen eine Qualifizierung anzubieten, welche mit dem ersten oder zweiten Staatsexamen abschließt. Quer- und Seiteneinsteiger\*innen muss ein verlässlicher und verbindlicher Weg zur Laufbahnprüfung angeboten werden. Ausbildungsdefizite in den Bildungswissenschaften und Fachdidaktiken sind im Vorfeld zu benennen und festzuhalten. Diese Defizite können über die Absolvierung des regulären Vorbereitungsdienstes oder über einen verlängerten berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst geschlossen werden. Affine Zweitfächer werden anerkannt. Der Quereinstieg wird für mehr Studienabschlüsse geöffnet.

3. Den Quer- und Seiteneinsteiger\*innen ist in der Zeit der Ausbildung an der Schule bis zum möglichen Abschluss (1. oder 2. Staatsexamen) je qualifizierendem Fach ein Mentor zugeordnet. Insgesamt erhalten die Mentor\*innen an den Schulen je betreuter Quereinsteiger\*in bzw. Seiteneinsteiger\*in mindestens drei Anrechnungsstunden.

Alle Konzepte, die das Land für einen flächendeckenden Einsatz von Quer- und Seiteneinsteigern vorlegt, werden durch die GEW auf folgende Punkte gesondert und gezielt überprüft:

- **Bedarf:** Dem Einsatz der Lehrkräfte muss eine klare Aussage zum Bedarf vorausgehen. Das sichert den Lehrkräften eine dauerhafte Perspektive im Schulsystem.
- **Abschluss:** Quer- und Seiteneinsteigern muss ein verlässlicher und verbindlicher Weg zur Laufbahnprüfung angeboten werden. Ausbildungslücken in den Bildungswissenschaften und Fachdidaktiken sind im Vorfeld zu benennen und festzuhalten.
- **Vertragslaufzeiten:** Alle Seiteneinsteiger werden vorbehaltlich der vereinbarten Qualifikationsziele grundsätzlich unbefristet und in Vollzeit beschäftigt. Zeiten zur Qualifizierung gelten dabei vollumfänglich als Arbeitszeit. Auch Quereinsteigern soll mit Beginn des Vorbereitungsdienstes eine unbefristete Perspektive geboten werden.
- **Eingruppierung:** Seiteneinsteiger werden gemäß ihres avisierten Abschlusses eingruppiert. Zeiten des berufsbegleitenden Vorbereitungsdienstes sind bei der Stufenzuordnung zu berücksichtigen. Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen soll eine Verbeamung angeboten werden.
- **Perspektiven:** Das Land sichert jedem Quer- und Seiteneinsteiger bei erfolgreicher Qualifizierung eine dauerhafte und verbindliche Perspektive für den Verbleib im Schuldienst.

**Die GEW Sachsen-Anhalt fordert seit ca. zehn Jahren, seit Verabschiebung des „Templiner Manifests“, die Hochschulen sowie universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes auf, für attraktive Arbeitsbedingungen und sichere Berufsperspektiven ihrer Wissenschaftler\*innen in Qualifikationsphasen Sorge zu tragen.** →



Thomas Lippmann, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt



Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW

→ Die GEW Sachsen-Anhalt hatte bereits 2013 in ihrem LHA-Beschluss „Das Sachsen-Anhalt Minimum“ ihre Forderungen zu den Beschäftigungsbedingungen junger Wissenschaftler\*innen formuliert. Zwischenzeitlich wurde auf Bundesebene das Wissenschaftszeitvertragsgesetz novelliert und die Landesregierung Sachsen-Anhalt arbeitet derzeit an einer längst überfälligen Erneuerung ihres Landeshochschulgesetzes.

### Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven zukunftsfähig gestalten: Das „Sachsen-Anhalt-Minimum 4.0“

- Alle Wissenschaftler\*innen in Qualifizierungsphasen sind unabhängig von ihrer Finanzierungsart und von ihrem Beschäftigungsverhältnis vollwertige Mitglieder (mit Wahlrecht) der Hochschulen und Forschungseinrichtungen – mit allen Vorzügen und allen Pflichten.
- Befristet beschäftigten Wissenschaftler\*innen in Qualifizierungsphasen wird das Recht gegeben, drei Viertel ihrer bezahlten Arbeitszeit für die eigene Qualifizierung zu nutzen. Dabei muss der Vertrag mit einer Mindestlaufzeit von drei Jahren ausgestattet sein und darf nicht unter 66 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung liegen.
- Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden verpflichtet, jährliche Berichte zur Lage und zu den Perspektiven von Wissenschaftler\*innen in Qualifikationsphasen zu veröffentlichen.
- Promovierten Wissenschaftler\*innen wird der dauerhafte Verbleib in Hochschule und Forschung jenseits der Professur durch einen Tenure Track eröffnet.
- Juniorprofessuren sind grundsätzlich mit einem verlässlichen Tenure-Track auszustatten, der nach positiver Evaluierung mindestens in eine W2-Professur überführt. Das Berufungsverfahren muss transparent sein und jederzeit die Berufung auf die Professur ermöglichen. Insgesamt darf das Verfahren sich auf nicht mehr als sechs Jahre erstrecken.
- Ombudsstellen sind an jeder Hochschule und Forschungseinrichtung einzurichten. Sie können von allen Mitgliedern und Angehö-

rigen der Hochschule und Forschungseinrichtung in Konfliktfällen angerufen werden, wenn Konflikte zum Tragen kommen, die das Arbeitsverhältnis stören. Die Ombudsstelle soll mindestens mit einer/einem Wissenschaftler\*in in der Qualifikationsphase sowie einer/einem Professor\*in besetzt sein.

Zudem fordert die GEW Sachsen-Anhalt die Landesregierung auf, Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Hochschulen auf Basis einer aktiven und umfangreichen Personalpolitik abzuschließen. Dazu gehören folgende Punkte:

- Die Vorlage eines schlüssigen Personalentwicklungskonzeptes mit einem angemessenen Verhältnis von unbefristeten und befristeten Beschäftigungsverhältnissen.
- Der Verzicht des missbräuchlichen Einsetzens von Stipendien für Promovierende und Promovierte zur Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.
- Die Vergabe von Lehraufträgen lediglich an Expert\*innen aus der Praxis. Dabei trägt die Vergütung auch den Zeiten für die Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, für die Betreuung und Beratung der Studierenden sowie Prüfungsverpflichtungen Rechnung.
- Die Anstellung von Lehrbeauftragten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen entsprechend ihrer Qualifikationen, wenn diese dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen.
- Der Abschluss eines selbstverpflichtenden Kodexes für eine aktive Personalpolitik.

Die GEW Sachsen-Anhalt fordert zugleich die Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, sich zur Schaffung stabiler Beschäftigungsbedingungen zu verpflichten und bei der Landesregierung einzusetzen. Das bedeutet, alle Anstrengungen dafür zu unternehmen, die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse zugunsten unbefristeter Anstellungsbedingungen zu verringern und gleichzeitig die unbefristete Vollbeschäftigung als das Regelarbeitsverhältnis zu betrachten und zu etablieren.



Foto: GEW Sachsen-Anhalt



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

**Unter dem Titel „Schule von Morgen – heute gestalten“ hatte der Vorstandsbereich Allgemeinbildende Schulen vor der LDK eine Grundsatzdiskussion geführt, deren Ergebnis in nachfolgendem Beschluss zum Ausdruck kommt; hier Auszüge aus dem Beschluss der LDK.**

### Tiefgreifende Reformen vorgeschlagen: „Schule von Morgen – heute gestalten“

Schule ist ein Ort, an dem Kinder nicht nur schulische Leistungen erbringen, sondern auch kognitive, visuelle, emotionale, physische und soziale Fähigkeiten erwerben sollen. Die Kinder lernen Akzeptanz, Respekt, Moral, Wertschätzung, Durchsetzungsvermögen und gesetzte Grenzen zu respektieren. Jedoch fällt es den Beschäftigten der Schule nicht immer leicht, den Kindern gesellschaftliche Normen und Regeln zu vermitteln. Dabei sind sie auf die Mithilfe aus den Familien angewiesen. Immer dann, wenn fehlende Struktur, Stabilität und Verlässlichkeit Familien gefährden, werden Kinder in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Die Folgen dieser Entwicklung werden täglich in den Schulen sichtbar. Zum Beispiel zeigen vernachlässigte aber auch überbehütete Kinder verschiedene Formen von Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungsstörungen und Leistungsverweigerungen. Durch solche Sozialisationserfahrungen haben diese Kinder viele Schwierigkeiten, den schulischen Pflichten und gesellschaftlichen Normen gerecht zu werden. Die gesamte Lernatmosphäre und die Lehr- und Lerntätigkeit der Lehrer\*innen und Schüler\*innen werden insgesamt beeinflusst. Digitalisierung, Flexibilität am Arbeitsplatz, psychische Störungen, Arbeitslosigkeit, Beziehungskonflikte, familiäre Probleme, Integrationschwierigkeiten, Scheidung, Sucht, Verschuldung, wiederholte Trennungen, Wohnsituation, Verlust und Vernachlässigungen, mangelnde sowie qualitativ unzureichende Betreuungsmöglichkeiten für Berufstätige und ihre Kinder sind nur einige Probleme. Andererseits kommt der Frankfurter Psychologe und Soziologe Martin Dornes in seinem Buch „Die Modernisierung der Seele“ (2012) durch Analysen von Kinder- und Jugendstudien der letzten Jahrzehnte zu dem Ergebnis: „Noch nie wuchsen Kinder und Jugendliche in

Deutschland so sicher und umsorgt, gesund und zufrieden, gebildet und wohlhabend auf wie heute. Eltern erziehen kindgerechter und zugewandter als Mütter und Väter in früheren Zeiten. Nie war es einfacher, eine Familie zu gründen, in der jeder gute Chancen hat, glücklich zu werden. Generation ADHS, Generation Porno, Generation Stress – alles Schlagwörter fern der Realität.“

Dies zeigt die Widersprüchlichkeit und Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation auf. Schüler\*innen mit unterschiedlichen biografischen und kulturellen Erfahrungen lernen im Klassenverband gemeinsam. Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern möglichst ausgeglichen werden. Jedes Kind ist einzigartig, jedes Kind ist anders. Lehrer\*innen unterstützen das Kind, seinen eigenen Lernweg zu finden, und beziehen es in Entscheidungsprozesse ein. So entsteht eine Schule, in der Kinder lernen, Unterschiedlichkeit als Bereicherung zu empfinden und Alltagskompetenz zu erwerben. Die Anforderungen an die Gestaltung von Schule, der Umgang mit der Vielfalt der Schüler\*innen und die im Zuständigkeitsbereich von Schule liegende pädagogische Diagnostik erfordern verschiedene Blickwinkel auf diese Prozesse. Es ist eminent wichtig, die zur Verfügung stehenden Kompetenzen und Ressourcen zielgerichtet und effektiv zu nutzen. Ebenso ist es unerlässlich, die eigenen schulischen Kompetenzen mit denen außerschulischer Partner zu vernetzen.

Das Kooperationsverbot stellt ein wesentliches Hemmnis bei der Weiterentwicklung der bundesdeutschen Bildungslandschaft dar. Die GEW fordert daher die Aufhebung des Kooperationsverbotes.

Vor dem beschriebenen Hintergrund formuliert die GEW Sachsen-Anhalt folgende Forderungen:

#### **Absicherung einer Unterrichtsversorgung mit 105 Prozent an allen Schulformen**

Die gegenwärtige Unterrichtsversorgung ist ein Desaster und das Gesamtergebnis einer völlig verfehlten Ausbildungs- und Einstellungspolitik der vergangenen Jahre. Ein Gegensteuern ist unverzichtbar und muss durch folgende Punkte eingeleitet werden:





Foto: GEW Sachsen-Anhalt



- Erhöhung der Studienplätze für Lehrämter an den Universitäten Halle und Magdeburg auf mindestens 1.200,
- Staatliche Seminare an den Standorten Halle, Dessau, Magdeburg, Halberstadt und Stendal vorhalten,
- berufsbegleitendes Fortbildungskonzept für Seiteneinsteiger\*innen entwickeln und umsetzen,
- Zulassung von Ein-Fach-Seiteneinsteiger\*innen zur Qualifizierung für ein Lehramt,
- Flexibilisierung der Ausschreibungszeiträume über das ganze Kalenderjahr, Initiativbewerbungen sind zu akzeptieren,
- jegliche geeignete Abschlüsse als Einstellungsvoraussetzung akzeptieren,
- Einstellungszusage für alle Lehrkräfte, die in Sachsen-Anhalt ausgebildet werden, [...]
- Zusage, dass bei einer nicht erfolgten Verbeamtung aus gesundheitlichen Gründen eine Einstellung im Angestelltenverhältnis erfolgt,
- Verbesserung bei Besoldung und Vergütung (A13/E13 für Grundschulen, Anpassung der Bezahlung von Schulleitungen, Vorweggewährung von Stufen, Anwärterzuschlägen, Zuschläge für Beamte\*innen und Angestellte zur Besetzung „unattraktiver“ Stellen),
- Schaffung von Beförderungsoption bzw. eines Zulagensystems für die Übernahme außerunterrichtlicher Aufgaben durch Lehrkräfte (z.B. Fachschaftsleiter, Mentoren),
- Gewinnung ausländischer Lehrkräfte für den Unterricht bzw. Einstellung als Sprachlehrkräfte.

### **Arbeitsbedingungen verbessern**

Lehrkräfte arbeiten im Durchschnitt deutlich länger als andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Durch viele in den letzten Jahren hinzugekommene zusätzliche Aufgaben, steigender Umfang der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts durch verstärkte Heterogenität der Schülerschaft und die übliche 6-Tage-Arbeitswoche ist nach wie vor eine steigende Arbeitsbelastung zu konstatieren.

Mangelnde sachliche Ausstattungen der Schulen besonders auch im Hinblick auf die Digitalisierung erschweren einen innovativen und modernen Unterricht.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- Regelstundenzahl von höchstens 25 Stunden in allen Schulformen,
- Erhöhung der Anrechnungsstunden für besondere Belastungen (mindestens 1,5 je Klasse in allen Schulformen, mindestens 2,5 je Kurs in der Qualifikationsphase),
- integrativ unterrichtende Lehrkräfte erhalten eine Entlastung von ihrer wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung um mindestens zwei Stunden,
- Einstellung von Verwaltungspersonal zur Entlastung der Schulen von administrativen Tätigkeiten (z.B. für Schulbücher, Schulgirokonten),
- Einführung von freiwilligen Arbeitszeitkonten, die individuell später abgegolten werden können (z.B. früheres Ausscheiden aus dem Dienst, Sabbatical),
- digitale Grundausstattung mit Breitband und entsprechenden Endgeräten,
- kontinuierliche Erneuerung der Hardware sowie Wartung und Betreuung der technischen Ausstattung durch den Schulträger.

### **Entbürokratisierung und Stärkung von Schulleitungen**

In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitsbelastungen für Schulleitungen deutlich erhöht. Die stetige Zunahme von Verwaltungsaufgaben führt dazu, dass immer weniger Zeit für die Gestaltung pädagogischer Prozesse übrig bleibt. Ein Indiz für die Unattraktivität dieser Funktion ist die hohe Anzahl unbesetzter Stellen.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- Gewährung von Anrechnungsstunden zur Erledigung der Schulleitungsaufgaben in Höhe eines Sockelbetrages von 12 Stunden pro Schule und Woche zuzüglich einer schülerzahlbezogenen Zuweisung in einem Verhältnis von einer Stunde je 20 Schüler\*innen,
- Verfahren zur Beantragung, Genehmigung und Abrechnung von Reisekosten für wiederkehrende Tätigkeiten, die dienstlich veranlasst bzw. deren dienstliches Interesse anerkannt ist und für



deren Erfüllung Dienstreisen erforderlich sind (z.B. Betreuung von Betriebspraktika, Teilnahme an Schulungen und Fortbildungen), sollen in Verantwortung der Schulleitung liegen,

- Nutzung des Arbeitsvermögens der Sachbearbeiter\*innen der Schulträger für die gesamte Erledigung administrativer Aufgaben in der Schule (u.a. auch Schulgirokonto, Lehrmittelbestellung, Statistik),
- ausreichende finanzielle Budgetierung von Schulen in einer Gesamtzuweisung, Verwendung der Mittel in Verantwortung der Gesamtkonferenz,
- vereinfachte Abrechnung der Ausgabe von finanziellen Mitteln,
- Mitteluweisung an die Schulen zum Gesundheitsmanagement [...],
- Bereitstellung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware,
- A14/E14 für alle Grundschulleiter\*innen,
- amtsangemessene Bezahlung der Schulleiter\*innen der weiterführenden Schulen

### Etablierung des Ganztagschulbetriebes als regelhafte Organisationsform

Mit dem Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen gilt es auch, Schule nicht nur als Raum zum Lernen zu begreifen. Ausdrücklich muss bei der Gestaltung und Ausstattung von Schulen auch der ganztägige Nutzungscharakter Berücksichtigung finden. Aus diesem Grund müssen die Schulräume und Flächen sich stärker an den Ganztagsbedürfnissen der Kinder ausrichten und vielfältige Möglichkeiten für Bewegung und Entspannung anbieten. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen. Das Aufbrechen der normalen Zeittaktung im Unterricht führt dazu, dass die Schulen den Unterricht flexibler gestalten können und die Schüler\*innen einen erweiterten zeitlichen Rahmen zum Lernen haben. Dadurch sollen die Gestaltung der Differenzierung und die Förderungsintensität deutlich strukturierter und ausgeprägter erfolgen.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- ausreichend personelle Ressourcen für die Absicherung des Ganztages,
- Integration des Hortbetriebes und des dort beschäftigten pädagogischen Personals in den schulischen Ablauf bei den Grund- und

Förderschulen sowie in den Klassen 5 und 6 an den weiterführenden Schulen,

- einheitliche Mindestöffnungszeiten des Ganztages orientiert an der Zielgröße von acht Stunden pro Tag,
- flexible Nutzung des Angebotes durch Kern- und Angebotszeiten,
- einheitliche bundesweite Standards für die räumliche und sachliche Ausstattung von Ganztagschulen,
- Förderprogramme von Bund und Ländern [...] sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulträger.

### Heterogenität als Chance verstehen

Mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland und damit auch das Land Sachsen-Anhalt dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung bzw. Beeinträchtigung an den allgemeinbildenden Schulen im gemeinsamen Unterricht zu unterrichten. Die fehlenden personellen, räumlichen und sachlichen Ressourcen für einen sinnvollen gemeinsamen Unterricht führen viele Kollegen\*innen an und über ihre Belastungsgrenzen und zu schlechten Lernbedingungen für die Schüler\*innen. Der Aufwand an Beratung, Beurteilung und Erstellung von individuellen Förderplänen ist um ein Vielfaches gestiegen. Die Anzahl an Stunden, die Lehrkräfte aus den Förderschulen den Unterricht unterstützend begleiten, ist bei weitem nicht ausreichend. Hinzu kommt, dass aufgrund der allgemein unzureichenden Unterrichtsversorgung werden Kollegen\*innen, die für den gemeinsamen Unterricht eingeplant sind, vermehrt für Vertretungen bzw. Absicherung der Stundentafel eingesetzt.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- Erhöhung des Inklusionspools; inklusive Klassen sollten eine Stärke von 20 Schüler\*innen möglichst nicht überschreiten,
- Festlegung von Team- und Kooperationszeiten im Rahmen der Dienstzeit,
- umfassende Fortbildungsangebote mit angemessenen Anrechnungen für Kollegen\*innen aus allen Schulformen zu den einzelnen Förderschwerpunkten,
- verlässliche Doppelbesetzung im Unterricht bei Klassen mit besonderen Herausforderungen,





Foto: GEW Sachsen-Anhalt



- Schulsozialarbeit als notwendige ergänzende Profession an allen Schulformen (schulgrößenabhängig ein bis zwei Vollzeitstellen),
- Einsatz von Pädagogischen Mitarbeiter\*innen (PM) nach einem der schulischen Situation angemessenen Schlüssel (mindestens eine PM pro Schule),
- angemessene Erhöhung der (Unterstützungs-)Stunden von ausgebildeten Förderschullehrkräften für den Gemeinsamen Unterricht in den Regelschulen,
- verpflichtende inklusionsorientierte Anteil in der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung,
- verpflichtende Standards (u.a. Räume für differenziertes Lernen und für Rückzugsmöglichkeiten, Bewegungs- und Therapieräume, Räume für den hygienischen Bedarf sowie Team- und Arbeitsräume).

#### Multiprofessionelle Teams

Die Anforderungen an die Gestaltung von Schule, der Umgang mit der Vielfalt der Schüler\*innen und die im Zuständigkeitsbereich von Schule liegende pädagogische Diagnostik erfordern verschiedene Blickwinkel auf diese Prozesse. [...] Aus diesen Gründen kommt der Arbeit multiprofessionellen Teams eine besondere Bedeutung zu. Es ergeben sich folgende Forderungen:

- Es müssen multiprofessionelle Teams gebildet werden (z.B. aus allgemeinen und sonderpädagogischen Lehrkräften, sozialpädagogischen und therapeutischen Fachkräften, wie Schulsozialarbeiter\*innen, Pädagogische Mitarbeiter\*innen, Psycholog\*innen sowie externen Fachkräften aus der Kinder- und Jugendhilfe),
  - es sind Arbeitszeitmodellen zu entwickeln und einzuführen, die unter anderem die Wahrnehmung der Beratungszeiten im Team gewährleisten,
  - Erhöhung der Anzahl der Schulpsychologen auf den Mindestschlüssel 1 : 1.000 Schüler\*innen,
  - durch das Land Sachsen-Anhalt finanzierte dauerhafte Schulsozialarbeit,
  - intensivere Verzahnung der Arbeit von Schule und Jugendhilfe/amt sowie der Agentur für Arbeit und des Sozialamtes.
- [...]

**Für den sozialpädagogischen Bereich wurden insbesondere Forderungen nach ausreichendem Personal beschlossen.**

#### Bedarf an Pädagogischen Mitarbeiter\*innen: Landesregierung an Koalitionsvertrag erinnert

Die GEW Sachsen-Anhalt fordert das Bildungsministerium auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die im Koalitionsvertrag von CDU/SPD und GRÜNEN vorgesehene Zahl von 1.800 Vollzeitäquivalente für den Einsatz von Pädagogischen Mitarbeiter\*innen im Schuljahr 2018/2019 zu erreichen. Insbesondere fordert die GEW:

1. Die Ausschreibungsbedingungen zu überarbeiten. Folgende Berufsabschlüsse sind einzubereihen:
  - Erzieher\*innen mit staatlicher Anerkennung,
  - Heilerziehungspfleger\*innen mit staatlicher Anerkennung,
  - Heilpädagog\*innen mit staatlicher Anerkennung,
  - Sozialpädagog\*innen BA, MA.
2. Pädagogischen Mitarbeiter\*innen mit therapeutischen Aufgaben (PM-T) und Betreuer\*innen werden, soweit eine der geforderten Qualifikationen vorliegt, in das Bewerbungsverfahren einbezogen.

**Das Bundesgesetz zu den Kindertageseinrichtungen (Gute-Kita-Gesetz) soll Anfang 2019 in Kraft treten und bis zum Ende der Legislaturperiode die Länder insgesamt mit 5,5 Milliarden Euro bei der Weiterentwicklung der Qualität der Kindertagesbetreuung unterstützen. Es sieht vor, dass jedes Bundesland individuell bei der Weiterentwicklung der Kita-Qualität unterstützt wird. Die Verteilung der Mittel an die Länder erfolgt über Umsatzsteuerpunkte. Damit das Geld tatsächlich dort ankommt, wo es gebraucht wird, schließt das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) mit den Ländern individuelle Verträge ab. Die Bundesländer müssen deshalb Handlungsfelder benennen, die mit Bundesmitteln gefördert werden sollen.**

**Für eine qualitativ gute und nachhaltige Ausbildung muss sichergestellt werden, dass nicht nur die schulischen Ausbildungskapazitäten, sondern auch in den Ausbildungseinrichtungen personelle Kapazi-**



Foto: Daniel Merbitz

**täten für die Praxisanleitung und Praxisbegleitung vorhanden sind.  
Dazu sollten zusätzlich Personalkontingente für die Praxisanleitung  
zur Verfügung gestellt werden.**

### **Kindertagesbetreuung: Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte**

Die GEW Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der Verhandlungen über Zuweisungen von Finanzmitteln aus dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen (Gute-Kita-Gesetz)“ den Schwerpunkt: „Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung“ zu setzen.

Insbesondere fordert die GEW:

1. die Finanzierung von zusätzlichen Kapazitäten für eine berufsbegleitende Ausbildung von Quereinsteiger\*innen zu staatlich anerkannten Erzieher\*innen,
2. die Finanzierung des Ausbildungsentgeltes mindestens in der Höhe des Tarifvertrages für Praktikantinnen und Praktikanten (TVPöD),
3. die Finanzierung von Praxisanleiter\*innen in den Ausbildungseinrichtungen.

**Die GEW hat in den Bewegungen für bessere Bildung in den letzten Jahren eine aktivierende und treibende Rolle gespielt. Durch nachfolgenden Beschluss hat sie eventuellen Bündnispartnern signalisiert, sich einem gegenwärtig diskutierten Volksbegehrungen anzuschließen.**

### **GEW in breitem Bündnis für bessere Bildung: Beteiligung an Volksbegehrungen**

Der Landesverband der GEW Sachsen-Anhalt beteiligt sich an einem Volksbegehrten im Rahmen des Bündnisses für mehr Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter\*innen.

Inhalt des Volksbegehrens ist eine Änderung des Schulgesetzes. Ziel ist es, Bedarfszahlen für Lehrkräfte und Pädagogische Mitarbeiter\*innen im Schulgesetz festzulegen.

Der Anspruch auf Schulsozialarbeit soll ebenso gesetzlich geregelt werden.

Die LDK beauftragt den Landesvorstand, die für die GEW relevanten organisatorischen und finanziellen Fragen im Zusammenhang mit den Volksbegehren zu regeln und dem LHA regelmäßig Bericht zu erstatten. Sollten sich Entwicklungen ergeben, die es notwendig machen, die Beteiligung der GEW an einem Volksbegehrten zurückzuziehen, so entscheidet der Landesvorstand.

**Die Dokumentation der vollständigen Ergebnisse der 8. Landesdelegiertenkonferenz erfolgt in Kürze auf der Homepage der GEW Sachsen-Anhalt. Dort finden sich auch die hier nicht vollständig oder nur in Auszügen abgedruckten Beschlüsse.**



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

**Vorsitzende**

**Eva Gerth**, Lehrerin für Mathematik und Chemie am „Ludwigsgymnasium“ in Köthen und seit 2016 Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt

**„Vor uns liegen Jahre, die für das gesamte Bildungssystem sehr entscheidend sein werden. An Schulen, Kitas, Universitäten wurde lange genug gespart. Ohne Gegenwehr der Beschäftigten werden sich kaum die notwendigen Veränderungen einstellen. Gemeinsam mit allen Mitgliedern der GEW will ich mich für Verbesserungen der Arbeits- und Lernbedingungen mit aller Kraft einsetzen.“**



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

**Vorstandsbereich Tarif- und Beamtenpolitik**

**Dany Hambach**, Schulleiterin der Sekundarschule „An der Doppelkapelle“ in Landsberg, **und**  
**Ulrich Härtel**, Lehrer für Mathematik und Geografie an der Gemeinschaftsschule „Johannes Gutenberg“ in Wolmirstedt

**„Wir wollen mit unseren Beschäftigten die Forderungen der GEW zur Tarif- und Beamtenpolitik kommunizieren und diese Forderungen mit euch gezielt auf Landes- und Länderebene durchsetzen. Wir wollen für unsere Beschäftigten, Personalräte, Personalversammlungen und Beschäftigtengruppen Beratungsangebote zur Durchsetzung ihrer Rechte vorhalten und damit die Strukturänderungen unserer GEW bewusst unterstützen.“**



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

**Vorstandsbereich Information und Kommunikation**

**Torsten Richter**, Lehrer für Mathematik, Physik und Astronomie an der Sekundarschule „Thomas Müntzer“ in Sangerhausen

**„Mir liegt die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit am Herzen. Durch eine Professionalisierung können unsere Kampagnen und Aktionen besser begleitet und unsere Außenwirkung gestärkt werden.“**



Foto: GEW Sachsen-Anhalt



Foto: GEW Sachsen-Anhalt



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

### Vorstandsbereich Organisationsentwicklung

**Stefan Hofmann**, Lehrer für Mathematik und Geografie an der Sekundarschule in Halberstadt, und

**Dirk Schumeier**, Schulleiter der Grundschule in Gommern

„Auf Basis des aktuellen Status‘ und der sich abzeichnenden Entwicklungen brauchen wir ein Konzept für eine nachhaltige Organisationsstruktur. Wichtig sind dabei die Stabilisierung der Mitgliederzahlen, die Evaluierung des Projekts zur beitragsfreien Mitgliedschaft sowie die Erhöhung der Attraktivität und Außenwirkung unserer GEW.“



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

### Vorstandsbereich Finanzen

**Uwe Stenzel**, Lehrer für Mathe-  
matik und Physik an der Sekundar-  
schule „Anne Frank“ in Hettstedt

„Durch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik möchte ich die finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre meistern, um die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und Schlagkraft der GEW dauerhaft zu sichern.“



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

### Vorstandsbereich Rechtsschutz

**Helgard Lange**, Lehrerin für Mathematik und Physik an der IGS „Willy Brandt“ in Magdeburg, und  
**Volker Thiele**, Lehrer am Gymnasium Haldensleben

„Um eine gute Betreuung unserer Mitglieder in allen Rechtsfragen zu gewährleisten, werden wir die Zusammenarbeit mit den DGB Rechtsschutzstellen und der Rechtsschutzstelle im GEW Hauptvorstand weiter ausbauen. Darüber hinaus ist uns die Weiterführung des Projekts ‚Gute Bildung braucht gute Arbeits- und Rahmenbedingungen‘ sehr wichtig. Hier wollen wir vor allem das Thema Lärm, als größten Belastungsfaktor für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen, in den Mittelpunkt stellen und Strategien zur Verbesserung erarbeiten.“





Foto: GEW Sachsen-Anhalt

#### **Vorstandsbereich Allgemeinbildende Schulen**

**Kerstin Hinz**, Lehrerin für Mathematik und Physik am Gymnasium „Martineum“ in Halberstadt, **und**  
**Ingo Doßmann**, Schulleiter der Grundschule „Stadtmitte“ in Genthin

„Bildungspolitische Positionen müssen basisnah erarbeitet und daraus ableitbare Gelingensbedingungen eingefordert werden. Dazu wollen wir über die Weiterentwicklung der Arbeit in den Landesarbeitsgruppen und eine stärkere Zusammenarbeit mit der Jungen GEW beitragen.“



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

#### **Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung**

**Malte Gerken**, Berufsschullehrer, BbS III in Halle

„Viele Baustellen müssen in den nächsten Jahren angegangen werden, so im Tarifrecht die stufengleiche Höhergruppierung, JA13 und die Anerkennung von Reisezeiten.  
 Weitere Mehrarbeiten von Lehrer\*innen muss verhindert werden, an den Berufsbildenden Schulen darf es dafür keine Sonderregelungen mehr geben.“



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

#### **Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit**

**Marlis Wahl**, Pädagogische Mitarbeiterin an der Förderschule „Angelika Hartmann“ in Köthen, **und**  
**Stefanie Heidemann**, Kita-Leiterin der Kita in Wegenstedt

„Wir wollen uns für die Verbesserung der arbeits- und tarifrechtlichen Bedingungen für Erzieher\*innen und Pädagogische Mitarbeiter\*innen einsetzen. Auch die Festschreibung und finanzielle Absicherung der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt wird für uns ein wichtiges Anliegen sein.“



Foto: Daniel Merbitz



Foto: sw-kommunikation.net

### **Vorstandsbereich Hochschule/ Forschung/Lehrerbildung**

**Nico Elste**, Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehramt Grund- und Förderschule, Fachbereich Deutsch, **und Steffi Kaltenborn**, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Bereich Geschichte

**„Perspektiven und Rahmenbedingungen an den Hochschulen müssen verbessert werden, um die Hochschulen wieder als Tätigkeits- und Berufsfeld für junge Menschen attraktiv zu machen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen bekämpft, die Mitbestimmung aller Statusgruppen gestärkt werden.“**

### **Vorstandsbereich Gewerkschaftliche Bildung**

**Heiko Bauer**, Lehrer für Physik und Mathematik an der Ganztagschule „Ferropolis“ in Gräfenhainichen

**„Ich will den Ausbau der gewerkschaftlichen Bildung auf Landesebene in den Fokus rücken und dabei die Schwerpunkte bei den jungen Kolleg\*innen und bei den Senior\*innen setzen. Wir müssen unsere Mitglieder rechtlich fortbilden und fit machen, etwa beim Datenschutz und im Schulrecht.“**

### **Vorstandsbereich Behörden und Verwaltungen**

**Thomas Kielgaß**, Lehrer an der Förderschule in Wernigerode

**„Ich will meine Unterstützung für berufsspezifische Interessen der Beschäftigten in Behörden und Verwaltungen anbieten. Dafür möchte ich die Arbeit des Vorstandsbereiches fortführen und weiterentwickeln.“**

## Erhöhung der Stufe 6 zum 1. Oktober 2018: Unterm Strich bleibt davon sehr wenig

Für alle Kolleg\*innen, die seit Januar 2018 in der Stufe 6 der entsprechenden Entgeltgruppe des TV-L sind, gibt es ab 1. Oktober 2018 noch einmal eine Entgelterhöhung; da trat die letzte Steigerung der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 in Kraft.

Als die Stufe 6 für diese Entgeltgruppen zu Beginn des Jahres eingeführt wurde, lag die Erhöhung 1,5 Prozent über der jeweiligen Stufe 5. Mit dem 1. Oktober 2018 wird das Entgelt der Stufe 6 nun 3,0 Prozent über der Stufe 5 bei den Entgeltgruppen 9 bis 15 liegen. Viele Kolleg\*innen in den Entgeltgruppen ab E13 werden verwundert auf ihren Gehaltszettel geschaut haben und sich fragen, 3,0 Prozent über der Stufe 5 und doch nur ein paar Euro mehr? Wodurch kommt das?

Bei den Betroffenen fanden oder finden sich auf der Entgeltmitteilung – von der Bezügestelle nicht näher erklärt – zusätzliche Minusbeträge bei Renten- und Arbeitslosenversicherung, die sich summier(t)en. Die Ursache dafür liegt im Einkommensteuerrecht. Nach dem Einkommensteuergesetz (§ 3 Nr. 63) sind Beiträge zu einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung – also auch zur VBL Ost – im Regelfall bis zu acht Prozent der Beitragsbemessungsgrenze (West) der Rentenversicherung steuerfrei. Bei einer Bemessungsgrenze von 78.000 Euro im Jahr 2018 bedeutet dies

eine Steuerfreiheit für 6.240 Euro. Da dieser Betrag ab 2018 auf acht Prozent erhöht wurde – übrigens eine auch von den Gewerkschaften geforderte politisch beabsichtigte Stärkung der betrieblichen Altersversorgung – greift die Steuerpflicht noch nicht. Da die Sozialversicherungspflicht grundsätzlich der Steuerpflicht folgt und hier der Prozentsatz weiterhin bei vier Prozent von 78.000 Euro, also 3.120 Euro, liegt, fallen Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung auf den übersteigenden Teil der VBL-Beiträge an. Kranken- und Pflegeversicherung sind nicht betroffen, da das Bruttoentgelt der betroffenen Kolleg\*innen über der Beitragsbemessungsgrenze in der KV/PV liegt.

VB Tarif und Recht

## Information zum VBL-Schreiben: „Riester-Förderung für 2016 beantragen“

Viele Tarifbeschäftigte im Länderbereich haben in den letzten Wochen ein Schreiben der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) erhalten, in dem sie aufgefordert werden, bis Ende Dezember 2018 einen Zulagenantrag für das Jahr 2016 zu stellen.

Mit der Nutzung der Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit der Arbeitnehmerbeiträge zur VBL Ost erübrigen sich im Prinzip weitere Angebote wie etwa die Riester-Förderung (Zulagen und Sonderausgabenabzug). Dennoch wurden zuletzt die erwähnten Schreiben versandt. Den Grund dafür benennt die VBL in ihrem Brief leider nicht, die GEW erklärt es aber.

Die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit für Beiträge zu einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung ist begrenzt (§ 3 Nr. 63 EStG). Durch die schrittweise Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags zur VBL Ost konnte es passieren, dass die Höchstbeträge 2016 und 2017 nicht ausgereicht haben. Mit dem jetzt angebotenen Zulagenantrag kann man sich für den übersteigenden Teil zumindest die Steuerfreiheit zurückholen. Hierzu ein Beispiel für eine Lehrkraft in der Entgeltgruppe 13 Stufe 5 im Jahr 2016:

E13 Stufe 5 bis 28.2.2016 (Monatsbrutto)	4.962,10 €
E13 Stufe 5 ab 1.3.2016 (Monatsbrutto)	5.076,23 €
Jahresentgelt E13 Stufe 5 inkl. JSZ (Brutto)	63.072,33 €
Arbeitnehmerbeitrag VBL Ost bis Juni 2016: 2,75%	831,30 €
Arbeitnehmerbeitrag VBL Ost ab Juli 2016: 3,5%	1.149,51 €
Arbeitgeberbeitrag VBL Ost 2016: 2%*	1.261,45 €
Summe Beiträge zur Kapital- deckung VBL Ost	3.242,26 €
Höchstbetrag für Steuer- freiheit im Jahr 2016*	2.976,00 €
<b>Differenz</b>	<b>266,26 €</b>

\* ohne Umlage des Arbeitgebers

\*\* 4% der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung West

In diesem Beispiel wurden 266,26 Euro versteuert und verbeitragt.

Weiterhin erfüllen aber die Beiträge zur VBL Ost auch die gesetzlichen Anforderungen für eine Riester-Förderung: Sie führen zu einer lebenslangen Rentenzusage, können nicht vorzeitig ausgezahlt werden und sind kapitalgedeckt. Deshalb können auch diejenigen, für

die die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit attraktiver ist, für den übersteigenden Teil der Beiträge die Riester-Förderung beantragen. Dann können sie diese Beiträge in ihrer Steuererklärung als Sonderausgaben geltend machen. Einzige Voraussetzung: Sie haben den Höchstbetrag für Altersvorsorgebeiträge von 2.100 Euro im Jahr (§ 10a EStG) noch nicht durch andere Riester-Verträge voll ausgeschöpft. Insofern ist es erfreulich, dass die VBL den betroffenen Versicherten den Zulagenantrag unaufgefordert zuschickt – auch wenn sie es leider nicht verständlich erklärt. Die GEW empfiehlt daher den angebotenen Zulagenantrag auszufüllen und an die VBL zurückzusenden, um die zusätzliche Rentenförderung nicht zu verlieren und die Steuerfreistellung für den übersteigenden Beitragsanteil geltend machen zu können.

Die beste Nachricht kommt zum Schluss: Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz wurde der Höchstbetrag, bis zu dem Beiträge für eine kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung steuerfrei geleistet werden können, ab dem Jahr 2018 von vier auf acht Prozent der Beitragsbemessungsgrenze West verdoppelt. Das wird selbst in der E15 ausreichen, um den Arbeitnehmerbeitrag zur VBL Ost steuerfrei zu stellen.

Gesa Bruno-Latocha

## Leserbrief zum AfD-Portal: Bevor mir der Kragen platzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem die AfD ihr Meldeportal geöffnet hat, konnte ich nicht anders und habe denen eine Mitteilung geschickt. Es musste sein, sonst wäre mir der Kragen geplatzt. Den Wortlaut findet ihr hier:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir ein Bedürfnis auf Ihr eingerichtetes Meldeportal „Neutrale Schule Sachsen-Anhalt“ einzugehen. Ihr Aufruf an die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer zu melden, die sich nicht ausreichend politisch neutral verhalten, lässt viele Fragen offen. Ich frage mich: Welche Schüler werden sich dort äußern? Sind es die, die vielleicht auch ein gestörtes Lehrer-Schüler-Verhältnis auf-

weisen und daher dem Lehrer eine Lektion erteilen wollen?

Und welche Lehrer werden dort an den Pranger gestellt? Wahrscheinlich die, deren politische Haltung zwar eindeutig ist, deren Argumentation aber etwas schwächelt und daher Schüler ermuntert, sie dem AfD-Portal auszuliefern. Doch dieser Prozentsatz der Lehrer dürfte im Promillebereich liegen! Aber was machen Sie mit den Kolleginnen und Kollegen, die durch fundiertes Wissen klug argumentierend und überzeugend auftreten und beim Schüler dadurch Achtung erlangt haben?

An diese Kollegen kommen Sie gar nicht ran! Der einfache Aufruf zur Denunziation reicht da nicht aus. Vielleicht kann man hier die

jüngere deutsche Geschichte zurate ziehen und Stasipraktiken und Erfahrungen aus der Weimarer Republik nutzen.

Außerdem lässt Ihr Meldeportal nicht erkennen, wie denn mit einem gemeldeten Lehrer verfahren wird und was der Schüler davon hat. Sie lassen den Schüler lediglich mit dem Gefühl zurück, der AfD „zweckdienliche Hinweise“ geliefert zu haben, um einmal den Polizeijargon aufzugreifen.

Und ein letzte Frage: Ist es strafmildernd, wenn ein Lehrer im Unterricht auch die Politik anderer Parteien scharf kritisiert?

Fragen über Fragen, die mich beschäftigen. Vielleicht können Sie mir bei der Beantwortung behilflich sein? Ich hoffe es.“

Detlef Böttcher, Blankenburg

## GEW-Kreisverband Harz: 11. Bildungstag am 9. März

**Termin:** Samstag, 09.03.2019, von 8.30 Uhr bis 14.00 Uhr  
**Ort:** Gymnasium „Am Thie“, Friedensstr. 26, 38889 Blankenburg

### Ablaufplan:

- ab 8.30 Uhr Einlass
- 9.00 Uhr Eröffnungsreferat „Du musst stark sein in dieser Welt – sieben Schlüssel für mehr Resilienz“ (Dr. Böhm)
- ab 11.00 Uhr Arbeit in den Arbeitsgruppen

### Themen der Arbeitsgruppen:

- AG 1: „Gesund, leistungsfähig und glücklich – wie soll das gehen?“ (Dr. Böhm), alle Schulformen, PM, Kita
- AG 2: „Mit Hand und Fuß durch die Entwicklung oder Porsche fahren mit angezogener Handbremse – wie unterscheidet sich Neurophysiologie von der Traumarbeit?“ (Frau Gifhorn), alle Schulformen, PM, Kita
- AG 3: „Faszienpilates – spezielles Training für mehr Vitalität und Dynamik im Alltag“ (Frau Melms), alle Schulformen, PM, Kita (→ Matte, Socken, Turnschuhe, Handtuch mitbringen)
- AG 4: „Warum kluge Ratschläge auch Schläge sein können – Gesprächsführung als Schlüssel gelingender Intervention“ (Frau Liebich), alle Schulformen, PM, Kita
- AG 5: „Provokationen, Aggressionen, selbstverletzendes Verhalten nachhaltig abbauen – Vorstellen des Trierer Aggressions- und Sicherheitsprogrammes (Tri.A.S.)“ (Frau Grünewald-Schmitt), alle Schulformen, PM, Kita

**Schriftliche Anmeldungen bitte bis 30.01.2019 an:** GEW-Regionalverband Halberstadt, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt, oder per Fax an: 0394158337434 oder per E-Mail an: GEW-Harz@t-online.de (Bitte angeben: Name, Vorname, Anschrift, Telefon, GEW-Mitgliedschaft / Mitglieds-Nummer, Seminar [Nr./Titel] und Ersatzwunsch [Nr./Titel]). Für GEW-Mitglieder ist der Bildungstag wie immer kostenfrei, für Nicht-Mitglieder beträgt die Tagungsgebühr 30 Euro; eine Anmeldebestätigung erfolgt nicht.

## Info-Veranstaltung: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Gleichstellung von Frauen ist zentrales Anliegen unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Mit dieser **Informationsveranstaltung** wollen wir dazu einen weiteren Beitrag leisten, indem wir einen Überblick über wesentliche Inhalte der Themenfelder Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld geben – **am Mittwoch, dem 9. Januar 2019, von 16 bis 18 Uhr im Haus der Gewerkschaften („Großer Sitzungssaal“), Otto-von-Guericke-Str. 6 in Magdeburg** (Eingang über Ravensbergstraße). Als Referentinnen unterstützen uns Regina Walter vom Bereich Gleichstellung des Landesschulamtes Sachsen-Anhalt und Gerlinde Lüttich, Mitglied des Lehrerbezirkspersonalrates Nord.

Für GEW-Mitglieder ist die Veranstaltung kostenfrei. Fahrtkosten werden nach Richtlinie erstattet. Auf Antrag ebenso Kinderbetreuungskosten. Nicht-Mitglieder zahlen vor Beginn eine Seminarpauschale in Höhe von 10 Euro.

**Anmeldungen bitte bis 19.12.2018** kurz und formlos per E-Mail an unseren Projektsekretär Volker Bellgart (volker.bellgart@gew-lsa.de).

## Junge GEW und GEW-Studis Sachsen-Anhalt: Einladung zum Neujahrstreffen

Die Junge GEW Sachsen-Anhalt und die GEW-Studis laden dich und alle Interessierten **am Montag, dem 14. Januar 2019, um 18 Uhr zum Neujahrstreffen** in das Spielehaus der Franckeschen Stiftungen (Franckeplatz 1, Haus 33) in Halle ein. Neben interessanten Gesprächen mit tollen Leuten warten auf euch Gesellschaftsspiele und natürlich Getränke.

Hast du noch Fragen? Du erreichst uns unter junge@gew-lsa.de oder du besuchst uns einfach auf Facebook [www.facebook.com/JungeGewSachsenAnhalt/](http://www.facebook.com/JungeGewSachsenAnhalt/).



## Reaktion auf AfD-Portal:

### Offener Brief mit umfassendem „Geständnis“

**Johannes Varwick ist Professor für politische Wissenschaft. Seine Arbeitsgebiete in Lehre und Forschung sind die Internationalen Beziehungen und Europäische Politik. An seiner Universität, der MLU, ist er auch in der Lehramtsausbildung engagiert.**

**Hier sieht er sich im Konflikt mit der AfD und hat deshalb einen Offenen Brief an die AfD verfasst und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.**

Er erklärte, dass sein Lehrstuhl für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt werbe und daher auch inhaltliche Tabubrüche der AfD thematisiere. Denn diskriminierende oder rassistische Äußerungen müssten benannt werden. Auch Inhalte der von der AfD bekämpften Medien würden in seinen Lehrveranstaltungen zum Einsatz kommen: Lügen, Halbwahrheiten und Ungenauigkeiten müssten analysiert und interpretiert werden.

Nachfolgend veröffentlichen wir den Inhalt dieses Offenen Briefes.

Die Redaktion

„Sehr geehrte Damen und Herren der AfD, Sie wollen eine Beschwerdeplattform zur Meldung AfD-kritischer Lehrerinnen einrichten. Mein Lehrstuhl ist an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg u.a. auch an der Ausbildung von Sozialkundelehrerinnen im Fach Politikwissenschaft bzw. dem Bereich „Internationale Beziehungen und europäische

Politik“ beteiligt, und in diesem Sinne nehme ich Ihnen diese Arbeit gerne ab und gestehe, dass sich mein Lehrstuhl in seinen akademischen Lehrveranstaltungen und sonstigen Formaten wie folgt positioniert:

- 1) **Wir gestehen**, dass wir für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit geworben haben, dass wir aber sprachliche/inhaltliche Tabubrüche von Seiten Ihrer Partei als solche thematisiert haben, weil rassistische und diskriminierende Aussagen als solche in unserem Land benannt werden müssen.
- 2) **Wir gestehen**, dass wir die Beschneidung von staatlicher Souveränität durch internationale Zusammenarbeit sowie deutsche Verantwortung in der internationalen Politik umfassend diskutieren und das komplexe Thema der Migration nicht als Erklärung für alle Probleme in Deutschland gelten lassen.
- 3) **Wir gestehen**, dass wir uns kontinuierlich auf das Grundgesetz berufen und die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, politischer oder religiöser Überzeugung nicht erlaubt haben.
- 4) **Wir gestehen**, dass wir aktiv Produkte der von Ihnen bekämpften Medien eingesetzt und hinsichtlich ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit untersucht haben. Offensichtliche Lügen, wissenschaftliche Halbwahrheiten und allgemeine Ungenauigkeiten analysieren und interpretieren wir intensiv.

- 5) **Wir gestehen**, dass wir die Zeit des Nationalsozialismus nicht als kleinen ‚Vogelschiss‘ behandelt haben, sondern als das, was sie war: Ein verbrecherischer, undemokratischer und zutiefst menschenrechtsverletzender Teil der deutschen Geschichte, der die deutsche Politik dauerhaft prägen sollte und aus dem Verantwortung erwächst.“

Prof. Dr. Johannes Varwick, 23.11.2018



Die Bundeskoordination von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ entwickelt regelmäßig neue Plakatmotive, die ihr im Courage-Shop bestellen könnt.

<https://www.schule-ohne-rassismus.org/materialien/plakate/>

## GEW-Kreisvorstand Magdeburg: Jubiläumsveranstaltung mit tollem Programm



Foto: Dagmar Brüning

**Am 25. Oktober empfing der Kreisvorstand Magdeburg wieder seine Mitglieder, die auf 25, 40, 50 oder sogar noch mehr Jahre ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zurückblicken können.**

Alle zwei Jahre veranstalten wir so eine Jubiläumsveranstaltung und in diesem Jahr empfingen wir die Jubilare in dem schönen Ambiente des Ratswaage-Hotels Magdeburg. Der Kreisvorsitzende Dirk Schumeyer begrüßte gerade unsere Gäste, als er auch schon von „Erna“, der Kabarettistin Josefine Lemke, unterbrochen wurde. So begann ganz unkompliziert eine „nette Unterhaltung“ mit Erna und den Jubilaren über den ganz alltäglichen Wahnsinn. Es wurde viel geschmunzelt und gelacht, vor allem wenn sie pointiert über Mann und Frau XXXXXXXX oder gar die Politik reflektierte („Die SPD ist wie Wein ... Einen guten Roten erkennt man am Abgang“). Aber unser Programm hielt noch weitere Höhepunkte bereit. Die Tanzgruppe der IGS „Regine Hildebrandt“ zeigte mehrere flotte Tänze und das sah – nach erst kurzer Pro-

benzeit! – sehr gefällig aus. Man merkte den Kindern den Spaß am Tanzen an und das übertrug sich sofort auf das Publikum. Und es gab noch eine tänzerische Delikatesse: Tana Ries und Steffen Bach, die bei der Tanzschule Diefert trainieren und erst 15 Jahre alt sind, überzeugten mit Vielfalt und Können. Wunderbar!

Selbstverständlich gab es auch eine Rede und die Auszeichnungen mit Präsenten. Beeindruckt waren wir alle von dem früheren Berufsschullehrer Hans-Joachim Krause (→ Bild), der bereits 70 Jahre(!) Mitglied der Gewerkschaft ist, also bereits seit 1948. Da waren viele von uns noch nicht einmal geboren.

In zwei Jahren werden wir wieder die Jubilare unserer Gewerkschaft einladen und freuen uns schon heute darauf.

Dagmar Brüning

## Delegiertenkonferenz Stendal: Für gerechte Eingruppierung



Foto: GEW-KV Stendal

**Auf der Delegiertenkonferenz der GEW Stendal am 18. Oktober legte der alte Kreisvorstand Rechenschaft über die Arbeit der letzten vier Jahre ab. Mit viel Applaus dankten die Delegierten nicht nur dem Vorstand, sondern auch den vielen Aktiven des Kreisverbandes, die sich in den verschiedenen Vorstands- und anderen Aufgabenbereichen ehrenamtlich engagieren.**

In der Diskussion zu den Schwerpunkten der Gewerkschaftsarbeit in der neuen Wahlperiode machten die Delegierten deutlich, dass der Schaffung von altersgerechten Arbeitsbedingungen bei den ständig wachsenden Belastungen im Bildungs- und Erziehungsbereich eine große Bedeutung zukommt und für die Gesunderhaltung der Kolleginnen und Kollegen immer wichtiger wird. Eva

Gerth, Landesvorsitzende der GEW, wies in diesem Zusammenhang auf die unzureichende Personalsituation in den Schulen und die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Bundesländern um ausgebildete Lehrkräfte hin. Sie forderte dazu auf, in dieser Situation den Kampf für eine gerechte Eingruppierung der Grundschullehrer\*innen in die A13/E13 zu forcieren.

Einstimmig wurden die Kandidat\*innen des neuen Kreisvorstandes gewählt. Ihm gehören an (→ Bild, v.l.n.r.): **Rolf Hamm** (Geschäftsführer), **Rosi Dähnhardt** (Schatzmeisterin), **Sven Oberst** (Kreisvorsitzender), **Tobias Burggraf** (Beamten- und Tarifrecht), **Anke Bollmann** (Mitgliederverwaltung), **Gabi Küsel** (Senioren), **Anita Kieselbach** (Vorstandsbereich Kinder- und Jugendhilfe bei freien Trägern) **Ines Albrecht** (Vorstandsbereich Schulen) und **Anke Hübener** (Vorstandsbereich Pädagogische Mitarbeiter\*innen.)

Sven Oberst

## GEW-Kreisvorstand Börde: Mit Vertrauensleuten in Klausur

**Nach seiner Wahl im Frühjahr 2018 traf sich Anfang November der Kreisvorstand Börde zu einer zweitägigen Klausur im Seminarhotel Halberstadt. Mit der Wahl zum neuen Kreisvorstand hat sich dieser verjüngt und arbeitet nunmehr in Zweier-Teams u.a. in den Vorstandsbereichen Schulen, Pädagogische Mitarbeiter, Jugendhilfe und Kitas.**

Auf der Tagesordnung standen die Mitgliederentwicklung im Landesverband, die Tarifrunde 2019, aktuelle Rechtsfälle sowie die Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenz der GEW. Am Anfang wurde die GEW Börde als eine schlagkräftige Organisation im Landesverband analysiert. Mit 885 Mitgliedern zählt der Kreisverband zu den stärksten im Land. Dabei zählt die Mitgliedergruppe 55+ zu den häufigsten vertretenen Mitgliedern. Deshalb ist es künftig unerlässlich, die jüngeren Kolleg\*innen gezielt in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Mitgliederkampagnen

zu stellen, um Mitgliederaustritte nach Ausscheiden aus dem Berufsleben aufzufangen. Die Geschäftsführerin, Petra Richter, belegte am zweiten Beratungstag u.a. diese These. So wurde in einem Workshop über Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken in der künftigen Mitgliederarbeit diskutiert. Es wurde herausgearbeitet, dass künftig solche Zielgruppen, wie neue Kolleg\*innen in den Schulen und Einrichtungen angesprochen werden, aber auch Mitglieder, die sich am Ende der Familienphase befinden und neu orientieren wollen. Es muss aber auch gelingen, eine Willkommenskultur für neue Mitglieder und Funktionäre im Kreisvorstand zu organisieren und zu stabilisieren.

Kollege Uli Härtel, Leiter des Vorstandesbereiches Tarif und Recht, gab eine Einschätzung über Eckdaten, Vorbereitung, Ziele und Ablauf der Tarifrunde 2019. Verhandelt wird über den TV-L. Im September fand ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen statt,

indem man sich auf eine Forderung von 6 Prozent verständigte sowie eine Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten. Kollege Thomas Kohout erläuterte im Anschluss Rechtsfälle und legte dazu eine aktuelle Übersicht vor. Ein Schwerpunkt war u.a. die Zahlung von Reisekosten bei Klassenfahrten sowie die Anrechnung von Arbeitszeiten für Lehrkräfte.

Im Anschluss informierte der Kreisvorsitzende, Volker Thiele, über den Stand der Anträge und Kandidaturen für den Landesvorstand zur Landesdelegiertenkonferenz.

In ihrem Resümee der Klausur waren sich die Mitglieder des Kreisverbandes einig, diese schon bewährte Tradition der Zusammenkünfte in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit fortzusetzen. Dabei muss es unbedingt gelingen, künftig mehr Vertrauensleute für die Teilnahme zu gewinnen.

Bärbel Riethausen



© i n g i m a g e . c o m

## Landesgeschäftsstelle zum Jahreswechsel geschlossen: Mitgliederservice ist gesichert

In der Zeit vom Donnerstag, 20. Dezember 2018, bis einschließlich Mittwoch, 2. Januar 2019, bleiben die Geschäftsstelle der GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6 in 39114 Magdeburg, und das Regionalbüro der GEW, Kleiner Berlin 2 in 06108 Halle, geschlossen.

Ab Donnerstag, dem 3. Januar 2019, sind wir für unsere Mitglieder wieder erreichbar.

Bei fristgebundenen Rechtsschutzangelegenheiten (z.B. Kündigungen) können sich GEW-Mitglieder direkt an die Rechtsstellen der DGB Rechtsschutz GmbH wenden:

- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Halle** (Merseburger Str. 52, 06110 Halle, Telefon 0345 2311614)
- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Halberstadt** (Bernhard-Thiersch-Str. 2, 38820 Halberstadt, Telefon 03941 57323)
- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Stendal** (Hallstr. 42–46, 39576 Stendal, Telefon 03931 490380)
- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Magdeburg** (Otto-von-Guericke-Str. 27–28, 39104 Magdeburg, Telefon 0391 5650726)
- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Dessau-Roßlau** (Grenzstr. 5, 06849 Dessau-Roßlau, Telefon: 0340 51989-0)
- DGB Rechtsschutz GmbH, Büro **Naumburg** (Rosa-Luxemburg-Str. 24, 06618 Naumburg, Telefon 03445 233580)

### Kinder- und Jugendliteratur-Tipp:

## Rasant erzählt, lebendig und ungemein anrührend

**Angie Thomas; The Hate U Give; cbj 2017; ISBN: 978-3-570-16482-2; Preis: 18,00 €, 512 Seiten; Altersempfehlung: ab 14 Jahre**

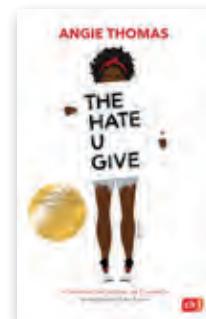
Angie Thomas verarbeitet in ihrem Debüt-Roman eine aktuelle Problematik, die die ethnisch vielfältigen Vereinigten Staaten immer wieder in Aufruhr und Entsetzen versetzt. Starr ist die jugendliche Tochter eines ehemaligen Bandenmitglieds, ihr Vater hat sich aber vor Jahren nach einigen einschneidenden Erfahrungen von den sogenannten ‚Kinglords‘ losgesagt und führt seitdem ein bürgerliches Leben. Seine Kinder gehen auf eine Schule außerhalb des kritischen Wohnviertels Garden Heights und Starr ist eine der wenigen farbigen in ihrem Umfeld. Auch ihr Freund Chris ist weiß und – im Gegensatz zu Starr – aus gut betuchten Verhältnissen. Doch in Starrs Familie überschneiden sich die verschiedenen Welten und Starr muss lernen, in beiden klarzukommen. Sie hat dafür verschie-

dene Rollen entwickelt, die sie perfektioniert in diesem und jenem Zusammenhang spielen kann. Als allerdings ihr Kinderfreund Khalil vor ihren Augen von einem Polizisten erschossen wird, gerät das Konstrukt von Starrs Leben aus den Fugen. Verängstigt und empört verfolgt Starr die verschiedenen Reaktionen auf den Mord: in ihrem Umfeld in Garden Heights, an der Privatschule sowie in den Medien und der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten. Auch ihre Rolle als einzige Zeugin des Vorfalls wird ihr zunehmend bewusst und die Verantwortung, aber auch die Gefährdung ihrer Person und ihrer Familie treten immer deutlicher zutage.

Angie Thomas’ Debüt-Roman beeindruckt wegen seiner Authentizität und Dichte. Thomas zeichnet die Lebenswirklichkeit ihrer fiktiven Helden auf eine Weise nach, die die Figur nahbar und authentisch macht. Die verschiedenen Weltsichten und Seinsentwürfe der betroffenen Milieus, die Vorurteile, aber

auch die Sorgen und Nöte der Akteure des Geschehens werden auf beeindruckende Weise nachgezeichnet. Dabei schafft es Thomas, den ermordeten Khalil in einer zweiten Figur des Buches noch einmal in Szene zu setzen und damit eine Art alternatives Ende zu erzeugen, das bei aller Realistik und Sachlichkeit doch in der Lage ist, Hoffnung zu geben und aufzuzeigen, dass ein Mensch vielleicht nicht allein einen gesellschaftlichen Mechanismus der Ungleichheit überwinden kann, dass wir aber alle einen aktiven Beitrag zur Verbesserung unserer Umstände leisten müssen. Ein engagiertes und beeindruckendes Buch – rasant erzählt, dicht, lebendig, ungemein anrührend und konsequent ausgeführt; und nicht umsonst 2018 von der Jugendjury mit dem Deutschen Jugendliteraturpreis ausgezeichnet. Nachdrücklich zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter  
für die AJuM Sachsen-Anhalt



### Impressum

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

**Vorsitzende:** Eva Gerth

**Verantwortlich:** Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

**Redaktion:** Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn

**Postanschrift der Redaktion:** GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

**Redaktionsschluss** ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

**Verlag mit Anzeigenabteilung:** Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2017; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

**Gesamtherstellung:** SW-Kommunikation: Thomas Westermann, Bahnhofstr. 21, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net, und Partner

 **Klasse Reisen. Weltweit.**

**Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER**

Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.

- ♦ Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- ♦ sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- ♦ Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH      Telefon: 0 35 04/64 33-0  
Herrengasse 2      © Service-Center Frankfurt:  
01744 Dippoldiswalde      069/96 75 84 17

**www.schulfahrt.de**



## **Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

### **Änderungsmeldung:**

Name, Vorname: .....

Kreisverband: .....

Mitglieds-Nr.: ..... Geb.-Dat.: .....

Anschrift: .....

Telefon: .....

Bankverbindung: .....

Kontoinhaber: .....

IBAN  DE

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):  
.....  
.....  
.....

Tätigkeitsbereich: .....

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Vergütung nach TVÖD (Entgeltgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Beamte (Besoldungsgruppe ..... Stufe ..... seit .....)

Bruttoeinkommen: .....  
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen  
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden  
pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit .....)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden  
pro Woche .....)

## **Nachrichten**

Manchmal muss man ja erst einmal überlegen, was hinter einer Nachricht wirklich steckt. Das kennt man als Ossi ja noch von früher. Wenn man da in der Zeitung las: „Biete blaue Fliesen, suche Trabbi“, da wusste man, ah, da will einer nicht das Bad kacheln, sondern mit seiner Frau. Also, im Trabbi durch das Land kacheln, meine ich. Dass das mit Westgeld schneller ging, war eine unangenehme Nachricht, deshalb umschrieb man den Sachverhalt lieber mit „Fliesen“.

So funktionieren Nachrichten auch heute noch. Zum Beispiel, wenn wir lesen: „Rheinpegel auf Rekordtief“, dann soll das heißen: Leute – Benzin wird teurer! Weil zu wenig Wasser fließt, können die Tankschiffe nicht voll beladen werden – ergo zu wenig Benzin an der Tankstelle. Und wir wissen ja: Angebot regelt Nachfrage und Nachfrage regelt Preis. Und schuld sind dann nicht die Konzerne, sondern das Wetter.

Wenn man diese Entschlüsselungstechnik beim Lesen von Nachrichten anwendet, kommt man auch ganz leicht dahinter, was jüngst die Nachricht auf der Titelseite der „Magdeburger Volksstimme“ zu bedeuten hatte: „28 000 000 € – Helene Fischer verdient mehr als Britney Spears“.

Der ungeübte Leser, mag bei dieser Meldung Herzbeben bekommen haben. Der gleichgültige Leser hat vielleicht gedacht: „Na und? Da muss sich eben Britney Spears mehr anstrengen.“ Der bösartige Leser schäumte: „Typisch! Da kommen diese Migranten nach Deutschland, reißen hier den Mund auf und kriegen dafür auch noch Millionen in den Rachen geworfen.“ Der geübte Leser aber hat sofort begriffen,

was man ihm eigentlich mitteilen wollte: Da ist jemand, der noch mehr verdient als Friedrich Merz. Dieser rangiert doch dagegen am Existenzminimum mit seiner einen Million. Und das auch noch Brutto. Also, Leute, seid mal ein bisschen netto zu ihm. Der Friedrich lamentierte ja sogar schon bei Anne Will, dass er neben seinen Jobs beim Vermögensverwalter BlackRock, in einer Privatbank und in Anwaltkanzleien, einen Aufsichtsratsposten in einer Firma annehmen musste, die Klo-papier herstellt.

Der Mann ist sozusagen im Arsch. Aber wenn er erst Parteivorsitzender der CDU ist, will er dafür sorgen, das wir da bald alle sind. Also, im Aufsichtsrat: Auf Sicht ratlos. Zum Beispiel über seine Ansichten, wie: Kindergärten und Schulen brauchen eine Kapitalbasis. Da müssen eben Eltern kräftig einzahlen.

Und das er das durchsetzen will, daran ließ er schon bei seiner



**Nachschrift**

Vorstellung in James Bond-Manier keinen Zweifel: „Mein Name ist

Merz! Merz mit ,e!'“

Ich habe die Lizenz zum politischen Töten von sozialem Klima ... Gut, das hat er so nicht gesagt, aber wohl schon gedacht.

So gesehen, wäre Helene Fischer dann vielleicht doch die bessere Alternative. Mit ihr kämen wir nur atemlos durch die Nacht. Mit Friedrich Merz nicht mal problemlos über den Tag.